

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 66 (1932)

243 (6.9.1932)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-789435](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-789435)

Einzelpreis 10 Pf.

Die „Nachrichten“ erscheinen auch an den Wochentagen und an den Feiertagen.

Heute:
Neuer Roman

Nachrichten für Stadt und Land

Zeitung für oldenburgische Gemeinde- und Landesinteressen

Heute: 2 Beilagen

Anzeigen aus Oldenburg folgen die 30 mm breite Mittelzeile 10 Pf., auswärts 15 Pf., Familienanzeigen 8 Pf.; im Zeitteil die 80 mm breite Mittelzeile für bis zu 50 W., auswärts 60 Pf. Bei Betriebsänderung, Streit usw., hat der Werbetreibende Anspruch auf die Verlegung der Zeitung auf Rückzahlung des Bezugspreises

Hauptredakteur Wilhelm von Busch, — Verantwortlich für Politik Dr. Dr. Konrad Hartisch, für Heilwesen Alfred Wien, für den heimatischen Teil J. Klopke, für Handel und Wirtschaft Dr. Gadacz, für Turnen, Spiel und Sport G. Rudmann, für den Anzeigenenteil A. Klebe. — Berliner Schriftleitung: Dr. Dr. Heilmann, Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 57 (Fernspr. F 6 Barchwald 2526). — Druck und Verlag von Dr. Scharf in Oldenburg.

Nummer 243

Oldenburg, Dienstag, den 6. September 1932

66. Jahrgang

Die Entlastung der Wirtschaft verordnet

Das große Regierungsprogramm — Steuerkreditwirtschaft auf lange Sicht

Berlin, 5. September.

Ueber die neuen Wirtschaftsmassnahmen der Reichsregierung, die in die Form von Verordnungen des Reichspräsidenten bzw. der Reichsregierung gefasst sind, gibt die Reichsregierung eine 34 Seiten umfassende Mitteilung heraus. Sie befaßt: Alle feierlichen Bemerkungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben keinen durchgreifenden Erfolg gehabt. Die Reichsregierung mußte sich daher zu weitgreifenden und einschneidenden Massnahmen entschließen. Diesem Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit soll neben anderen in Vorbereitung befindlichen Massnahmen die Verordnung vom 4. September 1932 dienen.

Die bisherigen Erfahrungen haben ergeben, daß eine noch so große Ausweitung der öffentlichen Aufträge für sich allein niemals ein solches Maß an Arbeit schaffen kann, wie es zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. Neben einer Erweiterung des Programms der öffentlichen Arbeiten müssen deshalb wirksame Massnahmen zur

Bekämpfung der Privatwirtschaft

treten. Alle Massnahmen der Regierung haben den Zweck, die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes nach Kräften zu beheben und zu lindern. Dieses Ziel würde nicht erreicht werden, wenn die zu ergreifenden Schritte im späteren Verlauf zu wirtschaftlichen Rückschlägen führen könnten. Deshalb muß alles vermieden werden, was die Stabilität der Währung beeinträchtigen könnte. Die wirtschaftlichen Bestimmungen der Verordnung sind in enger Zusammenarbeit mit der Reichsbank ausgearbeitet worden.

Die Verordnung gewährt der Wirtschaft nur dort Erleichterungen, wo eine unmittelbare Bekämpfung der Produktion und damit des Arbeitsmarktes mit Sicherheit zu erwarten ist. Bei der jetzigen Wirtschaftslage gilt es, den nach Erreichung des Tiefpunktes der Krise zu erwartenden natürlichen Aufschwung der Wirtschaft vorzubereiten. Hierzu dient zunächst das umfassende Programm für die Vornahme öffentlicher Arbeiten, das mit der neuen Verordnung verbunden ist. Es kann auf einen Gesamtaufwand der öffentlichen Stellen für solche Zwecke von nahezu dreieinhalb Milliarden RM in den nächsten Monaten gerechnet werden.

Die Beschäftigungsprämie, zu der sich die Regierung trotz mancher Bedenken entschlossen hat, wird besonders den kleineren und mittleren Betrieben zugute kommen. Sie bietet einen starken Anreiz auf erweiterte Einführung der Kurzarbeit und bedeutet endlich eine sehr fühlbare Entlastung aller öffentlichen Haushalte, besonders der der Gemeinden von den Kosten der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung. Die vorgesehenen Steuererleichterungen, die sich nicht auf Einkommen- und Vermögenssteuern, sondern ausschließlich auf unmittelbar auf der Produktion ruhenden Steuern beziehen, sollen die Voraussetzungen dafür schaffen helfen, den Umfang der Produktion zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die Beseitigung der Be-

förderungsteuer für ein Jahr wird sich in voller Höhe in zusätzlichen Aufträgen der Reichsbahn auswirken. Die Milderung der Umsatzsteuer wird nur deshalb gewährt, weil diese Steuer nur diejenigen trifft, die Umsätze machen und dadurch die Erzeugung fördern.

Die Herabsetzung der Grundsteuer — neben der Berechtigung von bis zu 50 Millionen RM als Aufschuß zu Reparaturen für den Hausbesitz — soll in erster Reihe dazu dienen, die finanziellen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der seit Jahren fast vernachlässigten städtischen und ländlichen Gebäude zu schaffen. Die Rückvergütung auf Gewerbesteueren endlich bedeutet eine stark wirksame Entlastung der Produktion.

Die für ein Jahr gewährten Steuererleichterungen sind ein Vorgriff auf die Steuererträge künftiger Jahre. Es ist damit zu rechnen, daß die Steuereingänge nach Überwindung der Wirtschaftskrise reichlicher fließen werden, und daß dann die geplante Reform der öffentlichen Verwaltung sich in einer wesentlichen Senkung der Ausgaben auswirken wird.

Von der Privatwirtschaft wird erwartet, daß sie durch Vergütung von Reparaturaufträgen, Durchführung privater und öffentlicher Arbeiten und sonstige zuzuführende Produktion die Arbeitsmöglichkeiten bald und erheblich steigert. Dazu bedarf sie in den meisten Fällen neuer zusätzlicher Kredite. Die Unterlage hierfür bieten die Steuergutscheine. Diese werden deshalb zum Lombard bei der Reichsbank zugelassen. Sie werden darüber hinaus aber auch als Unterlage für zusätzlichen Diskontkredit bei den Banken und bei der Reichsbank dienen, ferner werden sie an den Börsen gehandelt werden.

Der Hilfe für den gewerblichen Mittelstand

dienen auch die Bestimmungen der Verordnung, nach denen erpöbliche Beträge für langfristige Kredite an mittlere und kleinere Betriebe sowie für gewerbliche Kreditgenossenschaften und Konsumgenossenschaften, die das Depositengesetz betreffen, zur Verfügung gestellt werden. Für die Landwirtschaft dient der mittelbare Entlastung die Ausgabe von Steuergutscheinen in Höhe von 40 v. H. des Steuerbetrages bei der Grundsteuer und die Aufhebung der Umsatzsteuer für pasteurisierte Milch. Darüber hinaus soll der grundsätzliche Beschluß der Anwendung von Kontingenten mit größter Beschleunigung erfolgen. Es wird mit den hauptbeteiligten Ländern in Verbindung getreten werden. Ferner wird auf eine fühlbare Ermäßigung der Zinskafsen hingearbeitet. Dies gilt nicht nur für den Personal-, sondern auch für den Realzins. Diese Massnahmen müssen schnell in Gang kommen, da gegenwärtig 60 v. H. des Kleinbetrages, 70 v. H. des Mittelbetrages und 80 v. H. des Großbetrages ihre Zinsen aus der Zahlung laien.

Die in der Verordnung zusammengefaßten Massnahmen stellen den Anfang einer umfassenden, auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Wirtschaftspolitik dar. Sie wer-

den in direkter und besonders die sozialen Gesichtspunkte sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt werden.

Sie bedürfen deshalb zahlreicher Durchführungsbestimmungen. Zu den einzelnen Abschnitten der Verordnung ist folgendes zu bemerken:

1. Entlastung der Wirtschaft

Die amtliche Verlautbarung weist zunächst darauf hin, daß eine solche Entlastung der Wirtschaft schon in den Programmen früherer Regierungen angeklungen, aber niemals verwirklicht, meist sogar in ihr Gegenteil verkehrt worden sei. Eine sofortige Herabsetzung von Steuern war nicht möglich. Der Ausgleich zwischen den Interessen der öffentlichen Hand und denen der Wirtschaft ist durch das System der Steuergutscheine gefunden worden. Solche Steuergutscheine erhält jeder, der in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 1. Oktober 1933 gewisse Steuern zahlt. Sie können in den Jahren 1934 bis 39 für Reichssteuern in Zahlung gegeben werden. Gleichzeitig bieten sie mit sofortiger Wirkung geeignete Kreditunterlagen für neue Geschäfte. Ursprünglich waren als Maßnahme für die Ausbildung von Steuergutscheinen die Arbeitslosenunterstützung zur Arbeitslosenversicherung in Aussicht genommen worden. Die Durchführung hätte jedoch Schwierigkeiten gegeben. Als Maßnahme sind nunmehr die Umsatzsteuern und die Realsteuern zugrunde gelegt worden.

Steuergutscheine sollen in Höhe von 25, d. h. 40 v. H., in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 ausgestellt und entrichtet werden. Steuererleichterungen und Grundsteuern gegeben werden. Wer also in der fraglichen Zeit 1000 Reichsmark Umsatzsteuer, 200 Reichsmark Grundsteuer und 400 Reichsmark Gewerbesteuer zahlt, bekommt 640 Reichsmark Steuergutscheine. Ist ein Steuerpflichtiger in dem Zeitpunkt, in dem der Anspruch auf Ausgabe eines Steuergutscheines entfällt, mit Steuern im Rückstand, so kann die Finanzkasse den ausstehenden Steuergutschein zurücknehmen und als Sicherheit im Sinne der Reichsbankordnung verhandeln. Näheres werden die Durchführungsbestimmungen ergeben. Die Einbeziehung der Hauszinssteuer wäre an sich erwünscht gewesen, konnte jedoch mit Rücksicht auf die vorläufige Regelung (Abführung) nicht mit als Maßnahme gewählt werden. Dadurch rechtfertigte sich die Gleichstellung der Grundsteuer mit der Gewerbesteuer. Gewerbesteueren sind bei den lebenden Gewerbe erbobenen Steuern, die Steuern vom Vermögen und Wanderingewerbe scheiden aber aus. Grundsteuern sind die Steuern, die vom Grundbesitz in Form einer einheitlichen Steuer oder einer einheitlichen Grundsteuer oder Haussteuer erhoben werden. Die Beförderungsteuer ist im gegenwärtigen Haushalt mit 208 Millionen Reichsmark eingestellt. Es ist aber nur mit einem Aufkommen von nicht viel mehr als 170 Millionen Reichsmark zu rechnen. In dieser Höhe wird die Reichsbank in die Lage versetzt, Aufträge zu vergeben. Entsprechende Vereinbarungen sind mit der Reichsbank getroffen. Bei der Beförderungsteuer sollen im vollen Betrage Steuergutscheine ausbezahlt werden.

Den Gesamtbetrag der ausbezahrenden Steuergutscheine kann man mit 1522 Millionen Reichsmark, also mit etwas über 1½ Milliarden annehmen, und zwar auf Grund folgender Berechnung:

1. Umsatzsteuer 1500 Millionen Reichsmark, davon 40 v. H. = 600 Millionen.
2. Gewerbesteuer 800 Millionen Reichsmark, davon 40 v. H. = 320 Millionen.
3. Grundsteuer 1280 Millionen Reichsmark, davon 40 v. H. = 512 Millionen.
4. Beförderungsteuer in voller Höhe 170 Millionen Reichsmark; zusammen 1522 Millionen.

Die Steuergutscheine werden von der Finanzkasse des Finanzamtes, das für die Versteuerung nach dem Umsatzsteuergesetz zuständig ist, oder wenn zwar keine Umsatzsteuer aber Grundsteuer zu zahlen ist, von der Finanzkasse des Wohnortes oder des Finanzamtes der Geschäftsleitung auf Antrag des Steuerpflichtigen ausbezahlt. Der Antrag muß bis zum 31. März 1934 gestellt sein. Soweit den Finanzämtern die Erhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer nicht obliegt (z. B. in Preußen), haben die für die Erhebung dieser Steuer zuständigen Stellen den Steuerpflichtigen am Ende eines jeden Kalenderjahres die Beträge auszugeben, für die die Steuergutscheine ausbezahlt werden können. In Fällen von Steuerrückzahlung kann die Erstattung nur gegen die Rückgabe des entsprechenden Steuergutscheines erfolgen. Das einzelne ist in der Verordnung geregelt.

Die Steuergutscheine lauten auf den Inhaber, sie werden in Beträgen von 50, 100, 200, 1000 und 2000 Reichsmark ausbezahlt. Bei geringeren Beträgen werden die entsprechenden Scheine von 10 und 20 Reichsmark erst nach Ablauf des in Betracht kommenden Jahres, also erst nach dem 30. September 1933 ausbezahlt. Die Ausgestaltung erfolgt in der Weise, daß der Schein zunächst auf den Gesamtbetrag, also z. B. 1000 RM lautet, und daß im Hinblick darauf, daß dieser Steuergutschein 1934 bis 1938 in Höhe von je einem Fünftel der Reichsteuern in Zahlung gegeben werden kann, fünf Scheine über je ein Fünftel des Gesamtbetrages, also bei 1000 RM Gesamtbetrag je 200 Reichsmark Teilbetrag. Der Teilschein kann je nur mit dem Hauptschein bei dem Finanzamt zur Einlösung eingereicht werden. Dieses schneidet dann den betreffenden Schein ab. Die Steuergutscheine können 1934 ab in Höhe von je einem Fünftel für alle Reichsteuern, d. h. also für Einkommen- und Vermögenssteuern, Vermögenssteuer, Kapitalverdienststeuern, Wechselsteuer, weiter aber auch für die Zölle und für Verbrauchssteuern, z. B. Tabak-

Die Verfasser vertrauen der Zukunft

Statt weiterer Schrumpfung Spielraum für die Wirtschaft

Berlin, 5. September.

Reichswirtschaftsminister Warming hielt heute abend im Rundfunk in der Stunde der Reichsregierung eine Rede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Der Minister betonte, daß die Reichsregierung es als ihre wichtigste, vordringlichste Aufgabe ansieht, den Lebensweg der deutschen Wirtschaft abzurufen, das Ernährungsleben wieder zu beleben, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern und damit die Lebenshaltung der breiten Schichten des deutschen Volkes zu verbessern.

Ein solches Ziel könne nur verfolgt werden, wenn die Massnahmen der Regierung sich auf dem sicheren Grunde einer stabilen Währung aufbauen. Sie lehne alle Währungsabänderungen ab, die darauf hinausgingen, eine zwar stabile, aber im Wert niedriger stehende Mark zu schaffen.

Der Minister wies auf zahlreiche Anzeichen hin, die es wahrscheinlich erscheinen ließen, daß wir uns allmählich dem Ende der Krise zu nähern beginnen.

In einem solchen Zeitpunkt könne man daher erwarten, daß die geplanten Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaft und Verminderung der Arbeitslosen Erfolg haben werden.

Der Minister erläuterte dann im einzelnen die neue Wirtschaftsordnung und erklärte zum Schluß, es werde dafür Sorge getragen, daß die Verordnung in gerechter und die sozialen Gesichtspunkte sorgfältig berücksichtigender Weise durchgeführt wird.

In unmittelbarem Anschluß an die Darlegungen des Reichswirtschaftsministers nahm Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk das Wort zu einer Rede, in der er sich zunächst mit den Steuergutscheinen befaßte.

Läßt es sich, so fragte der Minister, finanzpolitisch vertreten, die Jahre 1934 bis 1935 vorweg zu belassen, die Jahre in denen die Steuergutscheine zur Begleichung von Steuern angenommen werden müssen? Ist es nicht um so leichtförmiger, als das laufende Etatsjahr mit starken Gehältern in den Etats der öffentlichen Hand abschließen dürfte? Ich glaube umgekehrt, daß gerade diese dringenden Gehältern zu dem Vorgehen zwingen, wie es die Reichsregierung in der neuen Verordnung vorstelt.

Man kommt daher zu einer Sanierung des Etats nicht auf dem Wege einer Verringerung, sondern nur auf dem Wege einer Entlastung der Wirtschaft. Es wird in den Jahren 1934 bis 1935 leichter sein, die Ausfälle an Einnahmen, die durch die Annahme der Steuergutscheine eintreten, auszugleichen, als wenn durch die Fortsetzung des Schrumpfungsprozesses die Grundlagen für künftige Steuereingänge völlig zerstört würden.

Für die Frage, ob es gelingt, zu einer Bekämpfung der Wirtschaft zu kommen, sind zwei Momente entscheidend: Der richtige Zeitpunkt und die richtige Auswahl der Massnahmen. Bei der Auswahl der Massnahmen kommt es darauf an, nicht alles auf eine Massnahme zu setzen, sondern von verschiedenen Stellen her einen konzentrierten Druck auf die Arbeitslosigkeit auszuüben.

Zucker, Salz, Bier, Brauereiversteuer usw. in Zahlung gegeben werden.

Ausgeschlossen ist nur die Einkommensteuer

Dasagio beträgt 4 v. H. jährlich. Selbstverständlich gilt das Asagio nur für die jeweils in einem Jahre in Zahlung zu gebende Branche eines Steuerquartals. Es besteht also für die Wirtschaft das Interesse, je ehestmöglich das Gesamtvermögen im jeweiligen Jahre zur Verzinsung zu bringen. Auch die Möglichkeit der Veräußerung von Steuerquartalen, kann vollwirtschaftlich bei der Abzahlung von Zinslasten von Bedeutung sein. Die Reichsregierung wird in den Durchführungsbestimmungen weitgehende Ermäßigungen erhalten und danach auch die Möglichkeit haben, erforderlichenfalls allgemein oder für Gruppen einen Vermögensumschlag vorzugeben, um ein maßvolles Verleihen von Steuerquartalen auf den Markt zu verbinden. Anschaffungskäufe von Steuerquartalen sollen börsennotierte Steuerquartale sein, auch Landesstempel und Gemeindestempel oder dgl. dürfen nicht erhoben werden.

Um die Unterstützungsempfänger wieder zu Lohnempfängern zu machen, hat die Verordnung des Reichspräsidenten im Zusammenhang mit dem Steuernachschuß eine

Beschäftigungsprämie

ausgesetzt. Ein Arbeitgeber, der in dem Wirtschaftsjahr vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 im Durchschnitt eines Kalenderjahres einen Arbeitnehmer beschäftigt, als im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, erhält für jeden Arbeitnehmer über die frühere Bestandzahl hinaus, den er ein Vierteljahr lang beschäftigt, die Entschädigung von 100 Reichsmark. Die Entschädigung wird durch Ausstellung eines Steuerquartals mit einem entsprechenden Betrage gewährt. Das Reich wird für die Gewährung von Beschäftigungsprämien 700 Millionen Reichsmark bereitstellen. Werden die Mittel für die Beschäftigungsprämien ganz ausgesetzt, dann haben 1932/33 etwa einhundert Millionen Arbeiter und Angestellte durch wirtschaftliche Arbeit Brot verdient. Die Gefahr eines Mißbrauches verleiht die Reichsregierung keineswegs. Sie wird ihm in ausführenden und ergänzenden Vorschriften zu begegnen wissen. Um des Zwecks willen und im Vertrauen auf den Erfolg der Maßnahmen glaubt die Reichsregierung die Gefahr des Mißbrauchs in Kauf nehmen zu sollen.

Zwei weitere Einzelmaßnahmen betreffen die Verabschätzung der Steuerertragszusatzkürzung und die Umschlagsteuererleichterung für Misch. Der Zuschlag für Steuerertragszusatzkürzung von 36 v. H. jährlich soll auf 24 v. H. jährlich herabgesetzt werden. Die Reichsregierung wird eine spätere nochmalige Senkung in Erwägung ziehen. Weiter ist von der Umschlagsteuer Befreiung bei der Veräußerung von Mischwaren vorgesehen, soweit sie bisher steuerpflichtig war, weil sie einem nach dem Mißgefühle vorgeschriebenen Vermögensumschlag oder Veräußerungsverbot unterworfen wird. Die Verordnung ermächtigt den Reichspräsidenten für Finanzien, für Zinsanlagensarbeiten an Wohngebäuden, für die Teilung von Wohnungen und für den Ausbau gewerblicher Räume zu Wohnungen Reichsbürgern von 30 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen.

2. Sozialpolitische Maßnahmen

Im zweiten Teil der Verordnung wird die Regierung beauftragt, im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung der Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Grenzen so zu gestalten, wie es der wirtschaftliche Notstand und das soziale Bedürfnis, das Gebot der Einfachheit und Sparsamkeit erfordern. Das Vertrauen gegen diese Vereinfachung ist nicht gerechtfertigt.

Für die Richtung in der Sozialpolitik ist der Wille maßgebend, den der Reichspräsident am 30. August im Rundfunk ausgesprochen hat: „Die Verwirklichung der deutschen Volkseinkommenspolitik soll gefördert und der soziale Gedanke gefördert werden.“

Die Reichsregierung hält sich an den Grundsatz, daß die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze findet in der sozialen Mission des Staates, besonders im Gebiet der sozialen Gerechtigkeit. Sie vertritt aber nicht die Augen vor der unaufhörlichen Wechselwirkung zwischen Wirtschaft und Sozialpolitik. Der Tarifvertrag bleibt in der grundsätzlichen Bedeutung unberührt. Damit ist aber vereinbart eine gewisse Bewegungsfreiheit im räumlichen und beruflichen Geltungsbereich, besonders mit Hinblick auf das Übergewicht der sozialen Bedürfnisse und die besonderen Bedürfnisse eines Gewerbes oder wegen des in einem Betriebe aufgetretenen Notstandes. Auch die Wirtschaftspolitik kann einfacher geregelt werden. Jedenfalls scheint die Verteilung der Unterfertigung keine durch die Natur der Dinge auferlegte Notwendigkeit zu sein. Die Verordnung gibt der Reichsregierung die Ermächtigung, die vertretbaren Forderungen auf sozialpolitischer Reform zu berücksichtigen.

Von der Ermächtigung hat die Reichsregierung in einer Verordnung im Hinblick auf die Verordnung des Reichspräsidenten für das Gebiet der Tarifpolitik sofort Gebrauch gemacht. Die Tarifpolitik ermächtigt den Arbeitgeber, wenn er die Zahl seiner Arbeitnehmer vermehrt, die Tariflöhne verhältnismäßig zu mindern. Sie ermächtigt außerdem den Arbeitgeber, für Betriebe, die besonders gefährdet sind, den Tariflohn innerhalb eines festgelegten Rahmens zu ermäßigen.

Voraussetzung der ersten Maßnahme ist, daß der Arbeitgeber die Beschäftigten gegenüber dem Stand vom 15. August oder dem Durchschnitt der Monate Juni bis August 1932 erhöht. Je größer die Vermehrung ist, um so größer soll auch die Ermäßigung der tariflichen Löhne sein. Die Lohnermäßigung soll jedoch auf die Vergütung für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunden beschränkt sein. In keinem Falle soll sie über die Hälfte der Vergütung für die 30. bis 40. Stunde hinausgehen. Diese Ermäßigung wird erst bei einer Vermehrung der Beschäftigten um ein volles Viertel erreicht.

Die Grundentscheidung für die Vermehrung der Beschäftigten und die Ermäßigung der Löhne sind begründet, daß stets eine Vermehrung der gesamten Lohnsumme und damit eine Stärkung der allgemeinen Konsumkraft eintreten muß.

Der Arbeitgeber, der von der Berechtigung zur Ermäßigung der tariflichen Lohnsätze Gebrauch machen will, hat die Beschäftigten durch Ausschau im Betriebe bekanntzugeben und darf dann ohne weiteres vor dem Beginn der nächsten Lohnwoche an, für Angestellte vom Beginn der nächsten Monatshälfte an die Lohn- und Gehaltsveränderung eintreten lassen. Selbstverständlich ist diese Berechtigung nur für Fälle gedacht, in denen tatsächlich eine echte Vermehrung der Arbeitsbeschäftigung stattfindet. Wo es sich lediglich um Verschiebungen der Arbeit zwischen mehreren Betrieben handelt oder aus sonstigen Gründen der Zweck der Verordnung nicht erreicht wird, hat der Arbeitgeber dem Arbeitgeber die Berechtigung zu versagen.

Für Saisonbetriebe findet die Verordnung grundsätzlich keine Anwendung. Nur bei der Arbeitgeber über den saisonbedingten Stand hinaus seine Arbeitskräfte vermehrt, soll ihm der Arbeitgeber zu entsprechenden Lohnermäßigungen ermächtigen können. Für landwirtschaftliche Betriebe soll für die Feststellung der neuen Arbeitsplätze jeweils von dem entsprechenden Monat des Vorjahres ausgegangen werden. Sachbezüge bleiben außer Anfall. Bei überhöhten Sachbezügen können aber größere Abzüge von Tariflohn zugelassen werden.

Güterzug fährt von einer Brücke



Die abgefahrenen Waggonen der Emsbrücke

Auf der Strecke zwischen Ems und Bielefeld ereignete sich ein schweres Eisenbahnunglück, das trotz des großen Materialschadens keine Menschenopfer forderte. Als ein Güterzug die neue Brücke über die Ems passierte, sprangen die Wagen aus den Schienen und führten über das Brückengeländer in das Flußbett.

Der 2. Abschnitt der Vollzugsverordnung trägt Sorge um die

Aufrechterhaltung besonders notleidender Betriebe.

Der Eigentümer wird ermächtigt, in Fällen, in denen die Weiterführung oder Wiederaufnahme durch die Tariflöhne gefährdet ist, Abzüge am Tariflohn zuzulassen. Der Eigentümer wird dabei mit größter Vorsicht verfahren. Über 20 v. H. der Tariflöhne darf die Lohnermäßigung in keinem Falle gehen. Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft.

Das Lohnminderungsrecht, das auf der Vermehrung der Beschäftigten beruht, fällt mit dem Schluß des Monats März 1933 weg.

Sonstige finanzpolitische Maßnahmen

Die neue Verordnung ermächtigt die Länder, dem durch Verordnung vom 14. Juni 1932 vorgesehenen Ausgleichsfond aus dem Betrage von 672 Millionen RM Reichsgeldern zur Erleichterung der Absatzkrise in der Gemeinde in Zukunft 20 v. H. (statt 10 v. H.) der Volkswirtschaft zu gewähren. Ferner werden die Gemeinden, die

die Bürgersteuer

für das Rechnungsjahr 1931 erhoben haben, ermächtigt, im letzten Viertel des Kalenderjahres 1932 auf der Grundlage der bisherigen Vorschriften in Höhe der Hälfte des Steuerbetrags zu erheben, mit dem sie für 1931 erhoben wurde. Der Zuschlag für die Ehefrau soll jedoch in Zukunft zu 5 v. H. fallen. Da ferner die jetzigen Bürgersteuern noch auf dem Einkommen des Vorjahres beruhen, sollen die Steuerbeträge um 25 v. H. gesenkt werden. Wer

also als Beziger bisher dreimal 6 gleich 18 RM zu zahlen hatte, zahlt für die Monate Oktober bis Dezember noch 6 RM, ein Verheirateter statt bisher dreimal 9 gleich 27 RM für Oktober bis Dezember ebenfalls nur noch 6 RM. Auch bei der Weiterführung der Bürgersteuer für 1933 fällt der Zuschlag für die Ehefrau fort. Ehepaare werden also künftig mit dem gleichen Satz herangezogen wie Unverheiratete. Als Freigrenze gilt künftig der Betrag, den der Steuerpflichtige nach seinem Familienstand im Fall der Höchstbesteuerung als Unterfertigung erhalten würde. Die Gemeindebesteuerungsabteilung wird für den Rest des Jahres nach der Rechnungsgrundlage des Aufkommens vom 1. August 1931 bis 30. Juni 1932 (bisher 1. August bis 31. Dezember 1931) verteilt.

Die Deutsche Rentenbankkreditanstalt, die im Zusammenhang mit der neuen Reichsrechnung des Reichsfinanzhofes im gewissen Umfang steuerpflichtig geworden ist, bleibt im wesentlichen Kraft steuerfrei.

Die Verordnung ermächtigt die Reichsregierung, eine nicht übersteigbare Höchstgrenze für die Dienstbezüge eines Angestellten bei Unternehmern oder Körperschaften aufzustellen, die aus öffentlichen Mitteln Kredite, Bürgschaften oder sonstige finanzielle Beihilfen erhalten. Die Einhaltung der in der neuen Höchstgrenzenverordnung enthaltenen Höchstgrenzen für die Bezüge von Angestellten und Arbeitern der Länder, Gemeinden usw. sichert die Verordnung durch ein Bewilligungsverfahren in der Hand der obersten Landesfinanzbehörden. Außerdem wird die vorstehend bezeichnete Höchstgrenze auch auf die Alters- und die Hinterbliebenenversorgung der nichtbeamteten Arbeitnehmer, bei Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes aufgelegt.

Briefspiegel

Berlin, 6. September.

Zu der Verordnung zur Belebung der Wirtschaft nehmen die Berliner Blätter zum Teil ausführliche Stellung. Der „Tag“ bezeichnet als den wichtigsten Punkt das Befestigen der Privatwirtschaft. Das ganze Programm sei von dem Bestreben diktiert, für eine möglichst große Zahl von Menschen Arbeit zu schaffen getreu dem Grundsatz „Gemeinnutz vor Eigennutz“.

Die „Vossische Zeitung“ bezeichnet den wirtschaftspolitischen Teil der neuen Verordnung allgemein als positiv, hält dagegen den sozialpolitischen Inhalt für bedenklich. Für besonders gefährlich hält das Blatt bei der heutigen ungewöhnlichen politischen Spannung und Erregtheit, mit der nun einmal gerechnet werden müsse, die generelle Ermächtigung zu Eingriffen in den gesamten Aufbau und Umfang der sozialen Versicherung.

Die „Börsezeitung“ weist auf das System der Steuerquartale hin und hält den von der Regierung Papen eingeschlagenen Weg bei der gegenwärtigen psychologischen Einstellung des größten Teils der Bevölkerung zu Maßnahmen kreditpolitischer Art und zu den Möglichkeiten ihrer Auswirkung auf die Währung für den besten und ungefährlichsten.

Die „Germania“ schreibt, so sehr man wünschen müsse, daß die Maßnahmen der Reichsregierung, den Erfahrungsschatz der Wirtschaft zu lösen, und die Verdrängung zur Arbeitsbeschaffung großen Stills Erfolg haben, so sehr müsse man bedauern, daß zu einem nicht geringen Teil die noch in Arbeit befindlichen Arbeitnehmer zunächst die Kosten hierfür aufzubringen haben würden. Diese Opfer seien nur erträglich, wenn das Wort des Reichspräsidenten, daß der soziale Gedanke auch in Zukunft gehandelt und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gefördert bleibe, in Erfüllung gehe.

Der „Börseurier“ hebt hervor, daß die neue Notverordnung den einschließlichen Willen der Regierung zeige, die Arbeitslosigkeit mit allen Mitteln zu mindern und sich dabei nicht durch parlamentarische Schwierigkeiten und Rücksichtnahme auf Parteiwünsche beirren zu lassen. Gerade diese Einschließlichkeit und Unbefürchtung vor Parteiwünschen, die weit über das Ermäßigungsverlangen früherer Räte hinausgingen, seien es ja, die die an den Werten der letzten 14 Tage gefundene Zuversicht des Volkes auf positive Maßnahmen nähren.

Die „D. A. Z.“ stellt überdies fest, daß offenbar die Anwendung von Kontingenzen zur Entlastung des deutschen Marktes von übermäßiger landwirtschaftlicher Einfuhr erhöht würde und weist darauf hin, daß die Anwendung von Kontingenzen in den weitaus meisten Fällen zu Repressalien führe, die die Wirtschaft der Weltländer um mehr Devisen schädige, als auf der Passivseite eingepart werden könne.

Die „Deutsche Zeitung“ betont anerkennend, daß eine grundsätzliche Wendung gegenüber früher bestehe, daß die „Schraube“ der neuen Ems, die über neue finanzielle und soziale Belastungen immer wieder zu weiter wachsender Verschärfung führte, durch die Regierung Papen stillgelegt sei.

Der „Vorwärts“ schreibt, die neueste Notverordnung der Regierung Papen sei ein Instrument zur Rettung des kapitalistischen Systems mit kapitalistischen Mitteln. Die Arbeiter hätten die Rettung zu bezweifeln.

Das „Berliner Tageblatt“ bemängelt, daß die Verordnung eine Vollmacht ohne Sicherungen enthalte, und meint, es wäre nicht zu verantworten, wenn der wirtschaftliche Impuls, den das neue Programm verleihe und wirklich bringe könne, in der Durchführung durch sozialpolitischen Nachdruck es laßt werden müsse.

Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt u. a.: Die Selbstmutilation habe im jetzigen Zeitabschnitt der Regierung eine Chance gegeben, die vor ihr keine Regierung gehabt habe. Wie die jetzige Regierung diese Chance zu nutzen verusche, so wie immerhin das Profiteurhand, ökonomische, finanziellen und Wirtschaftsmethoden mit ihren Währungs-, Autarkie- und Schuldensystemen eine praktische Reaktion sich nicht hätten verschaffen können. Das sei das Positive an dem Programm, das man wohl in erster Linie der tatkräftigen Initiative des Reichspräsidenten zu danken habe, was auch die geballte Konzentration des Planes nicht zu den Funktionen des Noteneinsatzes gehören konnte. So optimistisch man auch die Wirkung der Entlastung der Wirtschaft an Grund der Institution der Steuerquartale beurteilen dürfe, so stetig müsse man hinsichtlich der noch ausstehenden sozialpolitischen Maßnahmen sein.

Die Stahlhelmführer beim Kanzler

Der Reichskanzler empfing gestern in Anwesenheit des Reichswehrministers die Bundesführer und andere Mitglieder des Stahlhelms. An den Empfang schloß sich ein Frühstück an. Die vom Reichsgebiet zum 13. Reichstagsbatterietag nach Berlin entenden Mitglieder des Stahlhelms wurden um 10 Uhr in der Reichskanzlei dem Reichskanzler vorgeführt.

Drei ausländische Flugboote über Ost

Am Montagmittag gegen 13.30 Uhr wurden an der Ostsee drei und auch direkt über der Insel drei Flugboote beobachtet, die unversehrt als ausländische erkannt wurden, wenigstens sich bisher noch nicht mit absoluter Bestimmtheit sagen läßt, ob es englische oder französische Maschinen waren. Die Flugboote — aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um Kriegsfregatten — wurden zunächst vor Rostock beobachtet. Nach weiteren Zeichnungen überflogen sie die Küsten der Insel Ost direkt, ebenso auch das Festland der Inseln und die Ostsee. Eine amtliche Bestätigung dieses liegt noch nicht vor. Das Aufsuchen der Flugboote gewinnt an Interesse in Verbindung mit der Tatsache, daß gerade den Tagen vom 5. bis 7. September im Ostseebereich ein schweres Luftschiff die erste große Zerstörung erlitten hat.

Arbeitsbeschaffung in den Gemeinden

Nach einem Vortrag von Gemeindevorsteher Dannemann

Die große Beschäftigung der Gemeinden durch Wohlfahrtsunterstützungen und die damit im Zusammenhang stehende, immer mehr zunehmende Verschuldung zwingt dazu, andere Wege einzuschlagen. Mithin stehen die Gemeindevorstände da, da ihnen die Mittel fehlen, die Unterhaltungen fortzuführen, bei der noch immer zunehmenden Arbeitslosigkeit, und auch keine Möglichkeit vorhanden ist, Arbeiten auszuführen. Vertreter mehrerer Gemeinden hatten den Gemeindevorsteher Dannemann, Warenburg, gebeten, in einer Versammlung der Gemeindevorsteher einen Vortrag darüber zu halten, wie die Gemeinde Warenburg es ermöglicht habe, daß dort die Arbeiter fast alle beschäftigt würden, und ob dies auch in anderen Gemeinden möglich sei. Herr Dannemann lehnte es ab, in einer öffentlichen Versammlung darüber zu sprechen, er sei aber bereit, in einem kleinen Kreise Auskunft darüber zu erteilen, welche Wege einzuschlagen seien. Die Ausführungen, die dann über die Einzelheiten gemacht wurden, sind aber doch für viele Gemeinden von so großem Wert, daß sie im Nachstehenden kurz zusammengefaßt wiedergegeben werden. Die Hauptsache, daß die Gemeinden in die große Verschuldung hineingekommen seien, läge darin, daß man nicht zeitig genug verfuhr hätte, an Stelle der Unterhaltungen die Erwerbslosen zur Arbeit heranzuziehen. Selbstverständlich habe nicht jede Gemeinde in solchem Maße wie Warenburg die Möglichkeit, die Arbeiter zu beschäftigen, aber es sei auch nicht richtig, wenn man sage, es gäbe überhaupt keine Arbeitsmöglichkeiten in den Gemeinden. Aufgabe der Gemeinden müsse es sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter nicht aus der Arbeitslosenversicherung herauskämen, denn wenn sie erst Wohlfahrtsunterstützungsempfänger seien, sei es nur unter großen Anstrengungen möglich, sie wieder hineinzubringen. Es müsse mit Rücksicht darauf, daß die Gemeinden ein Fünftel der Arbeitsunterstützung zu zahlen hätten, so weit kommen, daß sie nicht mal aus der Hauptunterstützung herauskämen. Auf die Frage, wie das zu machen sei, erwiderte Herr Dannemann, daß das nur dadurch möglich sei, daß man Notstandsarbeiten und den freiwilligen Arbeitsdienst einführe, weil hierfür die Gemeinden selbst nur geringe Mittel aufzuwenden hätten, da das Reich hierfür erhebliche Mittel zur Verfügung gestellt habe. Warenburg beschäftigte zurzeit 60 junge Leute unter 25 Jahren, die täglich bei siebenstündiger Arbeitszeit die vom Reich zur Verfügung gestellten 1,80 RM erhielten. Dadurch, daß diese 60 jungen Leute aus der Gemeinde beschäftigt würden, sei schon innerhalb der Gemeinde in Privatbetrieben doch oftmals Arbeitsgelegenheit für andere ältere Arbeiter geschaffen. Alle über 25 Jahre alten Arbeiter müßten in die Notstandsarbeiten hinein. Für die Notstandsarbeiter zahle das Reich einen Zuschuß von 3 RM pro Arbeiter täglich, sofern dieser Arbeitslosen- oder Arbeitsunterstützung beziehe. Der Stundenlohn betrage 54 Pf., also bei siebenstündiger Arbeitszeit 3,78 RM. Hinzu kämen die Beträge für Sozialversicherung, so daß die Gemeinde als Träger der Arbeit etwa 1,20 RM täglich für jeden Notstandsarbeiter ausgeben müsse. Besser sei es natürlich für die Gemeinde, wenn sie jetzt bei der Hunte und dem Osterberger Kanal, Staat oder Reich Träger der Arbeit seien, denn dann braucht die Gemeinde nichts zu zahlen, sondern nur vermitteln. Soweit die Mittel aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm kämen, könne man auch ohne Zuschußleistung bis zu 20 Prozent Wohlfahrtsunterstützungsempfänger einstellen, aber das sei eine Ausnahme, im allgemeinen kämen für die Notstandsarbeiten nur Arbeitslosen- oder Arbeitsunterstützungsempfänger in Frage. Schon daraus allein ergäbe sich, daß die Gemeinde das allergrößte Interesse daran habe, daß die Arbeiter dauernd in der Verschickung unterstützungsberechtigt seien und doch arbeiteten. Obwohl Notstandsarbeiten als auch freiwilliger Arbeitsdienst ließe sich in jeder Gemeinde durchführen, wenn man wollte, allerdings müsse beabsichtigt werden, daß, wenn alle Gemeinden dazu übergingen, die Reichsmittel doch recht dünn werden könnten. Wer zuerst komme, der habe es weg. Augenblicklich beschäftige er sich mit einem Plane, den er noch nicht öffentlich sagen wolle, der sich aber infolgedessen von den zurzeit in Ausführung befindlichen Projekten unterscheide,

als versucht werden solle, die von den Gemeinden selbst aufzubringenden Beträge, die über den vom Reich gegebenen Betrag von täglich 3 RM hinausgingen, also 78 Pf. und 40 Pf., durch freiwillige Beträge von Interessenten aufbringen zu lassen. Wenn das gelinge, habe die Gemeinde fast nichts zu zahlen.

Hüten müsse man sich vor solchen Arbeiten, die große Ausgaben für Material erforderten, weil die Mittel fehlen und keine Beihilfen, sondern nur Darlehen dazu vom Reich gegeben würden. Die Gemeinden müßten auch einen Druck ausüben auf die Wassergenossenschaften, Versicherungsgenossenschaften, Zieglereien usw., ihre Arbeiten so aufzulegen, denn auch diese könnten dieselben Mittel vom Reich erhalten und bei größeren Arbeiten stets ein Unternehmer einschalten und bei größeren Arbeiten die Seite der erwerbslosen Arbeiter von der Gemeinde verlangen, daß ihm Unterstützung gewährt werde, dann müsse auf der anderen Seite die Gemeinde von ihm verlangen, die ihm angebotene Arbeit auszuführen. Gemeinden, die diesen natürlichen Grundsatz verließen hätten, sei nicht zu helfen. Die weitaus überwiegende Mehrheit von Arbeitern verlange noch Arbeit, und wenn man die Möglichkeit habe, diese beschäftigen zu können, solle man das tun. Die Tatsache, daß zurzeit Staatsgelder in einem Ausmaß, wie man es in früheren Jahren nicht gekannt habe, in die sogenannten Notgemeinden hineingeworfen und anderen Gemeinden vorenthalten würden, sei ein Zustand, den man sich in dieser Art auf die Dauer nicht gefallen lassen könne. Wenn Gemeinden besondere Zuwendungen beanpruchten, müsse man verlangen, daß sie zunächst mal ihre Lohn- und Unterhaltungsbeiträge den Maßnahmen der Mehrheit der Gemeinden anpasse, dann man diese Mittel nehme. Was aus einzelnen Notgemeinden in die letzten Zeit gerade in dieser Frage bekannt zu der Welt, sollte jeder Bekämpfung und sollte folglich zu der Bekämpfung „Notgemeinden“. Es gäbe gewiss noch Gemeinden, deren finanziellen Verhältnisse selbst gut seien, aber nur deshalb, weil diese es fertig gebracht hätten, Arbeiten zu

verschaffen in einer Zeit, als es noch früh genug gewesen sei. Diese Gemeinden können es sich aber nicht gefallen lassen, daß nun auf ihre Kosten Notgemeinden unterhalten würden in einem solchen Umfange, wie es jetzt geschehe. Von den Behörden müsse man verlangen, daß hier endlich mal Wandel geschaffen werde.

„Schweigen und Zeit gewinnen“

Die neue Pariser Methode

Paris, 5. September.

(Drahtloser Eigenbericht)

Unter dem Zauberstab der Pariser Presseorgane hat sich die Entrüstungswelle gegen den deutschen Schritt in der Gleichberechtigungfrage ebenso schnell gelähmt, wie sie aufgeschäumt war. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß etwa ein Stimmungsumschwung eingetreten wäre. Die scheinbare Ruhe ist nur ein Anzeichen dafür, daß die französische Regierung in ihren äußerst lebhaften Verhandlungen mit den übrigen Mächten nicht gestört sein will und sich in ihrem Zornfeuer auf die Weltmeinung eine Ruhepause gönnt. Vermutlich will man vermeiden, gewisse Verhandlungspartner — wie etwa denjenigen jenseits des Kanals — durch einen allzu hitzigen Presselärm und allzu deutlichen Druck zu verstimmen. Hinter den Kulissen

Zum Schluß wies Herr Dannemann noch darauf hin, daß er bei dem Arbeitsamt Oldenburg das größte Entgegenkommen bei seinen Arbeitsbeschaffungsbemühungen gefunden habe. Wenn das bei den anderen Arbeitsämtern im Lande auch so sei, müsse es leicht sein, überall endlich der bisherigen Arbeitslosigkeit ein Ende zu bereiten.

herrscht um so regere Tätigkeit, doch dringt darüber nichts in die Öffentlichkeit.

In politischen Kreisen meint man, daß Kommentare zu den einzelnen Phasen des Meinungsaustausches die Öffentlichkeit nur beunruhigen könnten. Frankreich sehe keinen Anlaß zur Eile und werde seine Schritte erst dann fallen lassen, wenn der internationale Boden vorbereitet sei. Jedenfalls lautet die Pariser Parole jetzt: „Schweigen und Zeit gewinnen“. Um den aufgeschaukelten Nationalismus für die weitere Entwidlung der Dinge nachzubasteln, haben die für diese Aufgabe „zufälligen“ Wähler dort, den Stahlhelmkämpfern in Berlin gewissermaßen als Vorbild der deutschen „Revanche“ darzustellen und den deutschen Wehrgeist als solchen für alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren verantwortlich zu machen.

Wandlung im Zentrum?

(Sonderdienst unserer Berliner Schriftleitung)

Dr. H. Berlin, 5. September.

Die Veröffentlichung der Wirtschaftsnote vorabend nach natürlich am Montagmittag das politische Interesse stark in Anspruch. Daneben der wurden aber auch noch die Bepfechtungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten lebhaft erörtert, wobei das für und wider der Meinungen über die Aussichten der beiden Parteien verfolgten Pläne ein einheitliches Bild ergab. Aus Zentrumskreisen wird uns berichtet, daß man dort etwa für das Wochenende mit einem positiven Abschluß der Verhandlungen rechnen zu können glaubt.

Dennoch ist nicht zu verkennen, daß gerade im Zentrum sich während der letzten Tage gewichtige Stimmen erhoben haben, die gegen die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten sind. Zu einem Teile haben allem Anschein nach hierzu gewisse Vorgänge auf dem Eiseren Katholikentag beigetragen. So hat es u. a. nicht unerhebliche Verstimmung erregt, daß der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß zur Teilnahme an dem Eiseren Katholikentag eingeladen wurde, während man es dem Reichspräsidenten v. Papen nahelegte, von seinem Erscheinen abzusehen. Man mußte so viel Zeit bestreiten und dem österreichischen Bundeskanzler das gleiche nahelegen, zumal sein Verhalten in der eben erst abgeschlossenen Anleihefrage ihm innerhalb der Reichsgrenze kaum neue Sympathien erworben haben dürfte.

Diese Regiefehler des Katholikentages haben sich nun stimmungsmäßig zweifellos dahin ausgewirkt, daß im Zentrum heute eine gewisse Gleichgültigkeit zu verzeichnen ist, daß Kabinett v. Papen zu tolerieren. Sinzu kommt, daß die große Veranstaltung des Stahlhelms am letzten Sonntag in Berlin zweifellos gleichfalls ein Erfolg für die amtierende Regierung geworden ist, was nicht verkannt wird. Sehr auffallend ist der Wille, den ein aktiver Zentrumspolitiker in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ unter der Überschrift „Wir wollen Frieden mit Papen“ veröffentlicht. In dem Artikel heißt es u. a.:

„Der Gewinnungsantrieb zugunsten Papens und seiner Regierung ist mindestens verstandesmäßig bei den Zentrumswählern in weitestem Umfang bereits vollzogen. Deren

Wunsch ist es nun, daß auch die Parteileitung den Weg zu Papen finden möge. Man denke an den möglichen Fall, daß zwingende Naturgesetze einen Wechsel in der Person des Reichspräsidenten nötig machen könnten. Mäße der Himmel in dieser schicksalsschweren Zeit wenigstens dieses Unglück vom deutschen Volke fernhalten!

So lange man sich in der Reichsregierung an der äußersten Grenze der Verfassung zwangsläufig bewegen muß, wollen wir uns lieber einem Manne anvertrauen, dessen ganze politische Vergangenheit und Weltanschauung uns die Gewähr bieten, daß die Machtmittel des Staates nicht zu politischem Egoismus oder zur Verdrängung eines Machtdünkels mißbraucht werden. Turmbau über der Verfassung steht immer noch das Wohl des Gesamtvolkes. Das Vertrauen dürfen wir wohl zur Aera v. Papen haben, daß für sie das Gesamtwohl des Volkes oberstes Gesetz ist. Aus diesen Erwägungen heraus müssen wir als Angehörige der Zentrumspartei den dringenden Wunsch ausdrücken, daß unsere Fraktionen die Politik v. Papens nicht nur tolerieren, sondern ihr auch mindestens moralische Unterstützung gewähren. Keine Regierung kann auf die Dauer regieren, wenn sie keine Gefolgschaft hinter sich zieht. Die Regierung v. Papen, von der wir die Enttarnung unserer innerpolitischen Lage und eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage erwarten, bedarf der Erneuerung gerade durch weitauswärtigst feindsinnige, ihrem Wesen nach konservativ gerichtete Parteien.“

Von den Zentrumskreisen, die die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten vorwärts zu treiben wünschen, hört man, daß die Absicht besteht, sowohl im Reich wie in Preußen für die leitenden Köpfe Persönlichkeiten auszuwählen, die nicht Nationalsozialisten sind. Für das Reich nennt man den jetzigen Stellvertreter des Reichskommissars in Preußen, Herrn Dr. Brauns, der dem rechten Flügel des Zentrums nahesteht, für Preußen ist bekanntlich eine gegenüber beiden Parteien neutrale Persönlichkeit in Aussicht genommen, für die in einem früheren Stadium der Besprechungen der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler genannt wurde; allerdings scheint dieser zur Zeit nicht mehr in Betracht zu kommen.

Am 12. September Reichstag?

Berlin, 5. September.

Auch zu Beginn der neuen Woche ist die parlamentarische Lage noch völlig ungeklärt. Reichspräsident Göring ist wieder in Berlin eingetroffen, hat aber einen Termin für die bevorstehende Reichstagsagung noch nicht festgelegt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Göring seine Entscheidung erst nach dem für Ende der Woche in Aussicht genommenen Empfang des Reichspräsidenten beim Reichspräsidenten treffen wird. Dadurch gewinnt die Annahme an Wahrscheinlichkeit, daß der Reichstag in dieser Woche nicht mehr zusammentreten wird. Als Termin wird der 12. September genannt.

Der Reichslandbund ist enttäuscht

Berlin, 5. September.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat am Montag eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: „So schnell und tatkräftig die Reichsführung in mancher politischer Beziehung gehandelt hat, so beunruhigend und enttäuschend ist das angekündigte Wirtschaftsprogramm der Regierung. Dieses ist ein Vorstoß in falscher Richtung. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm ist eine komplizierte Finanzierungsmaßnahme, die die eigentlichen Ursachen des Gefalles der deutschen Wirtschaft unbeachtet läßt. Die Wiederherstellung der deutschen Landwirtschaft als Hauptauftraggeber und Hauptabnehmer der deutschen gewerblichen Produktion ist Vorbedingung jedes Arbeitsbeschaffungsprogramms. Die Landwirtschaft muß feststellen, daß die Reichsregierung die Waffe des Einfuhrkontingents zum Schutze der nationalen Produktion in dem durch die Notlage der Landwirtschaft gebotenen Umfange nicht anwendet. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung gibt nicht nur der Landwirtschaft keine Möglichkeit, durch Hebung ihrer Kaufkraft lebend auf den Gesamtmarkt zu wirken, sondern es vereitelt sogar, den Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion in dem bisherigen Ausmaß zu sichern. Jede Reichsführung, die sich nicht zu der wahrhaft konservativen Führerschaft durchringt, die die deutsche Landwirtschaft und damit das deutsche Volk, Wirtschafts- und Staatsleben zu machen, muß scheitern.“

Fürstentinder in der Spielzeugstadt



Prinzessin Sibille von Sachsen-Roburg-Gotha und Prinz Gustav Adolf, der älteste Sohn des schwedischen Kronprinzen, nach dem Besuch der Spielzeugstadt Neustadt bei Coburg

In der Ortschaft Warenburg (Büsburg) kam es am Sonntagabend bei einem Ernteball zu einer schweren Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und anderen Personen. Die Teilnehmer, wobei es 15 Verletzte gab.

Von unabhängiger amtlicher Stelle in Rom wird die deutsche Gleichberechtigungsforderung für rechtlich unannehmbar erklärt. Italien hält Genf für den geeigneten Verhandlungsort über die deutsche Forderung.

APOLLO

Nur noch 3 Tage
rollen die Lachsfilmen weiter



Ein Großfilm voller Spannung,
nach dem weltbekannten Buch des
rheinischen Schriftstellers

Josef Winkler, Moers

Personen: Hans Adalbert von
Schlettow, Liselotte Schaak, Adele
Sandrock, Paul Heidemann usw.

Fox tönende Wochenschau

Ferner das tönende Beiprogramm

Außerdem TOMMIX in seinem 7-Akter
Wild-West-Film

Vogelfrei

Tom Mix und sein Tomy

Jugendl. haben v. 4—5.45 Uhr Zutritt

Erwerbslose mit Ausweis

zahlen bis 5.30 Uhr 44 Pfennig

Anfangszeit 4 Uhr, 6.20 Uhr, letzte

Vorstellung 8.35 Uhr

**Pschorr-Bräu
Hoyer's Weinfeller**

GUTE SCHOPPEN-WEINE

1/4 Liter 4 Pf. Ganze Flasche von 120 Man

S. weisen zu zeitgemässen Preisen

Deutsche Kolonial-Gesellschaft

Abteilung Oldenburg

Wiederbeginn der Zusammenkünfte

Mittwoch, 7. September, abends 8.30 Uhr

Restaurant Vademecum

Die diesjährigen Radioneuheiten

Herrlich im Klang, solid und elegant in der Aus-
führung, einfach in der Bedienung und so preiswert,
wahr Wunder moderner Rundfunktechnik, sind ein-
getroffen und werden jedem Interessenten unver-
bindlich vorgeführt im

Fachgeschäft und Reparatur-Werkstatt
Gebrüder Höpner, Heiligengellwall 5
Anlagen mit dynamischem Lautsprecher von 150.— an

Geschäfts-Eröffnung

Am 1. September habe ich das frühere Restaurant
„Backmeyer“, Staustraße, übernommen. Zu der

**Eröffnungsfeier am Mittwoch, dem
7. September 1932, abends 8 Uhr**

lade ich ein geschätztes Publikum hiermit höflichst ein
Polizeistunde 3 Uhr.

Es wird mein Bestreben sein, durch aufmerksame Be-
dienung, sowie durch Ausschank bestgeflegter Biere
aus der **Maacke-Beck- u. der Haslind-Hoyer-Brauerei**
ferner durch Verabreichung von gut zubereiteten Speisen
meinen verehrten Gästen den Aufenthalt in den neu her-
gestellten Räumen in jeder Weise angenehm zu gestalten

Oldenburg, den 6. September 1932

Hermann Lübcke

Achtung! Hausfrauen! Unsere neu aufgestellte modernste Heißmangel

arbeitet schneller u. stellt sich daher billiger
Schnellste Abfertigung durch unser fach-
männlich ausgebildetes Personal

Bei schlechter Trockenmöglichkeit können Sie Ihre
Wäsche **naß** anliefern. Für 30 Pfennig pro
Wäsche trocknen wir sie so weit, daß sie ge-
mangelt werden kann

**Dampf - Wasch - Anstalt
„Edelweiß“**

Uferstraße 74 Telefon 3382

Infolge meiner gewohnten

günstigen Einkäufe biete ich

Ihnen erneut ganz besondere Vorteile

H. Bischof

Osternburg

Cloppenburg Straße 116

Nur noch acht Tage

dauert der

Total - Ausverkauf

wegen vollständiger Aufgabe. Bis
dahin soll das noch vorhandene Lager
Weste und Westbestände zu
jedem annehmbaren Preis
ausverkauft werden. Folgende Artikel
sind noch vorhanden: Sandbüche
(auch Winterware) in großer Aus-
wahl, Bettwäsche, Unterleinen
und Schürzen, feine molle Kinder-
trümpe, Brautkleider, Gürtel, Ta-
schentücher, vorgezeichnete Handarbeiten,
Spitzen, Silberwaren, Einlässe, die
noch vorhandenen sowie leichts. Waren-
ware „Juwelen“ Erbschreden uim.

S. Ostro

Staustraße 3/4

Herbin-Stodin

unübertroffen bei starken

Kopfschmerzen

Rheuma, Muskel- u. Ner-
venschmerzen, Ganz un-
schädlich. Verlangen Sie
daher in der Apotheke nur
Herbin-Stodin u. Siewerden
angenehm überrascht sein.

H. O. ALBERT WEBER, MAGDEBURG

Strecker mit zwei evtl. fucht Beidseitig.

gleich welcher Art und wo, bei billiger Be-
rechnung. Grenztransportscheinigung vor-
handen. Sofortige laufende Arbeit. Wäters
unter C & 189 an die Geschäftsst. d. Bf.

Oelgemälde

einige wundervolle, herrliche Motive namhafter
Künstler wegen dringender Baranschaffung
schnellstens spottbillig verkauft. Eilfertigen
unter B C 167 an die Geschäftsstelle d. Blattes



Reparaturen
an Schmucksachen u.
Tafelgeräten werden
s a u b e r ausgeführt
Otto Herda
Goldschmiedemeister
Achterstraße 41

Johann Rust

Oldenburg, Mottenstraße 15

Billige und gute Tapeten

Tapetenkleben billig

Krankenbehandlung

nach den homöopathischen, biochemisch, und
Pflanzenheilmethode. Im Heilmittel-Schat-
towitz, Oldenburg, Cloppenburg Str. 98.
Sprechst. täglich von 9 bis 12 und 15 bis
17 Uhr. — Zuclaffen zum Notruf.
Behandlung ab 1.— M.

Verreist

bis Anfang Oktober

Dr. Reiff

**Oldenburger
Aerztetafel**

Heute, Dienstag-

nachmittag, und

Mittwoch keine

Sprechstunden

Dr. med. Cornelius

Geburts-Anzeigen

Gefunder Junge

angekommen.

Sauptlehrer R. Hasagen u. Frau

Anna geb. Schröder.

Bardenfleth a. Bf.

ast. Oldenburg, Ev. Krankenhaus.

Geburts-Anzeigen

Gefunder Junge

angekommen.

Sauptlehrer R. Hasagen u. Frau

Anna geb. Schröder.

Bardenfleth a. Bf.

ast. Oldenburg, Ev. Krankenhaus.

Aus Stadt und Land

* Oldenburg, 6. September 1932

Landestheater

Aus dem Theaterbüro wird uns geschrieben:

Wiederholung von „Laune des Verliebten“

Das mit so viel freundschaftlichem Erfolg bei Publikum und Presse aufgenommene Goethe-Haubt-Spielfestchen wird erst-
malig morgen, Mittwoch, nachmittags um 5 Uhr im Schloßaal
wiederholt. Besetzung ist die gleiche geblieben.

Da man an den Spieltagen selbst jeweils auf die Launen
des Wetters angewiesen ist, wird stets an den Eingängen zum
Schloßgarten besinnigegeben, ob das Spiel im Schloß oder im
Freien vor sich gehen wird, so können auch diejenigen, welche
durch Zufall die täglichen Antikbienen in der Presse über-
lesen hätten, sich rechtzeitig orientieren.

Personalveränderungen im Landestheater
Die Intendanten teilt an dieser Stelle mit, daß die Verträge mit den in der Werbefristung angefügigten Herren Georg Frigge (Oper) und Johannes Baronig (Schauspiel) gelöst worden sind. Als Nachfolger wurde bereits Herr Paul Weber und im Schauspiel Herr Walter Rohne neuer verpflichtet.

Werbeabend

Wir geben nunmehr das Konzertprogramm und die Safften des morgigen Verbandsabends (Beginn 8 Uhr) bekannt. Die Ansprachen (es sprechen nochmals Staatsminister Spangenberg, Oberbürgermeister Dr. Sperlich und Ministerpräsident v. Helldorf) werden diesmal eingebettet in die „Fibeln“ „Duernitter und der Duernitter zu „Figras Goggetz“, dirigiert von Landesmusikdirektor W. H. Nach der Pause werden die Damen Fiesling und Noerger sowie die Herren d'Altona, Bach und Weber einige Arien und Lieder zu Gehör bringen, außerdem wird die neue Tanzmusik von „Die Schöne Galathea“ und „Die Schöne Galathea“ zu Gehör bringen. Der Abend endet mit der Duernitter zu „Figras Goggetz“, die „Schöne Galathea“ unter Leitung von Kapellmeister H. H.

Landesorchester

Vom Landesorchester wird uns geschrieben:

Die Anrechtbestellungen auf die Konzerte des Landesorchesters laufen sehr zahlreich ein. Angesichts der außerordentlich billigen Preise von 0,70 bis 2,80 RM, des sorgsam aufgestellten Programms und der hervorragenden Solisten darf erwartet werden, daß die Anrechtziffer für das vergangene Jahres nicht nur erreicht, sondern erheblich übertroffen wird. Anrechtseinzahlungen werden täglich von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 6 Uhr an der Theatertafel entgegengenommen.

Die Landwirtschaft zum Steueranrechnungsfaktor

Telegramm an die Reichsregierung

Die Preßstelle der Oberrheinischen Landwirtschaftskammer bittet um Aufnahme der nachstehenden Notiz:

Deutscher Landwirtschaftsrat, Reichsländbund, Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, Reichsgewerbefiskalrat, Reichsverband deutscher Waldbesitzer-Vereine und Reichsverband des deutschen Gartenbaues haben an den Reichstagskanzler und die kaiserlichen Reichsminister in der Frage der Steueranrechnungsscheine ein Telegramm mit folgendem Wortlaut gerichtet:

Die Spitzenorganisationen der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und des Gartenbaues bitten dringend, von der vorgeschriebenen unterschiedlichen Anordnung der Grundsteuer einerseits und der Gewerbesteuer andererseits bei der Ausgabe der Steueranmeldungsformulare Abstand zu nehmen. Die Steuerbefreiung der Grundsteuer für die Grundsteuer gegenüber der Gewerbesteuer durch das Realsteuerbefreiungsgesetz schon als schwere Zurücksetzung empfunden hat, kann es nicht verstehen, daß ihr von neuem die ungerechte Behandlung auferlegt werden soll. Die Grundsteuerbefreiung infolge ihres Eigenschaftscharakters bei abgegrenzter Steuerbefreiung der Gewerbesteuer ist für die Landwirtschaft als die mehr auf die individuelle Leistungsfähigkeit Rücksicht nehmende Gewerbesteuersteuer. Für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau ist weitreichende Entlastung von der Grundsteuer erforderlich, um durch Inanspruchnahme zuweilen hoher Anschaffungen und Arbeitsleistungen die erhebliche Belastung der kleinen und mittleren gewerblichen Betriebe zu erreichen.

* Der Bauern und für Oldenburg und Ostfriesland sandte dem Reichsernährungsminister folgendes Telegramm:
 DGS-Gesienkäufe haben Serienpreise sprunghaft verteuert und dazu geführt, daß Serien am Markt kaum noch zu bekommen ist. Zusammen mit unmäßigem Verköpfungspreis trägt dies zur Verschärfung der Notlage bei. Die nordwestdeutschen Bauern protestieren energisch gegen diese planmäßige Vorgefallung ihrer Interessen und erwarten sofortige Maßnahmen zur notwendigen Verbilligung ihrer Futtermittel.

Obenburger Verwaltungsreform bedürftig? Unter dieser Ueberlegung ging durch einen Teil der obenbürglichen Presse die Mitteilung, daß, ähnlich wie in Preußen, auch in Obenburger Verwaltungen eine Reform eingebracht werden solle. Diese Mitteilung, welche, wie wir schon bemerkt haben, auch in den verschiedensten Gebieten erwartet werden konnte, können heute dazu mittheilen, daß sich die Staatsregierung mit der Absicht, irgendeine größere planmäßige Verwaltungsreform im freisäclichen Obenburger durchzuführen, bisher noch nicht befaßt hat. Daß sie auch in absehbarer Zeit das nicht thun wird, ist, soviel wir wissen, nicht zu bezweifeln. Solche durchzuführen wird. Man sieht regierungstheilig im Gegentheil am dem Standpunkt, daß eine Reform, ähnlich derjenigen, wie sie jetzt von Preußen verabschiedet und durchgeführt ist, für Obenburger nicht denkbar ist. Es darf in diesem Sinne auch die Meinung ausgesprochen werden, daß ein derartig unfruchtbarer Plan einer Zusammenlegung hiesiger Gemeinden, wie es in Preußen geschehen ist, nicht einmal in Erwägung von Seiten erinnert werden, der noch jedesmal nach kurzer Verdringung im Landtagsplenum in die Verlesung verfallen mußte, weil die Nothwendigkeit des Vertheilens der Kosten der Anlagen zwischen den Gemeinden nicht mit der Einfirparung der Steuern im Staatsgebiet sich in Zukunft weitestgehend durchführen werden sollen. Dieser hat man bekanntlich Einfirparungen verschiedentlich vorzunehmen, so u. a. auf dem Gebiet des Forstwesens, sowie auch die Abtheilung einer Gattelle für den Generalstaatsanwaltschaft. Diese Einfirparungen sind in der That für die kleinsten Gemeinden, die besonders im Randesleib über sehr schlecht sind, zusammenzufügen, ebenso wird der Gebante erziehen, die Amtsgerichtsbezirke zu vergrößern, um dadurch die Einfirparung von Gerichtsämtern zu ermöglichen. Außerdem ist man von der Zusammenlegung der Verwaltungsämter, die in der That eine große Anzahl von Gemeinden

nicht benutzt sein, denn der flüchtige Ausfall der staatsmäßig vorgehenden Einnahmen zwingt die Regierung, jede nur mögliche Sparmaßnahme ins Auge zu fassen. Zudem ist die immer noch abfindenden Einnahmen wird — der Staatsteil wird — die Staatsregierung auch nicht umhin können eine weitere Senkung der Beamtegehälter zu erwägen. Es ist möglich, daß die Regierung hier eine Regelung ähnlich wie in Preußen vornimmt, wo die Gehälter heute schon niedriger sind als in München, und zwar dadurch, daß den verheirateten Beamten 2½ Prozent und den unverheirateten Beamten 6 Prozent vom Grundbesitz abgezogen, und diese Abzüge den Beamten als eine Art Zwangsparafälle gutgeschrieben werden. Der Termin für die Auszahlung dieser zurückgebliebenen Einnahmen für Preußen bereits festgelegt. Es ist, wie gesagt, noch nicht effizient, die staatsbürgerliche Regierung eine gleiche oder andere Regelung zu erlassen, welche es dürfte effizient sein, daß die Regierung um eine Kürzung der Beamtegehälter bei denselben Prozentsätzen wie in Preußen nicht herumkommt.

* Sein Staatsratsmandat niedergelegt hat mit dem gestrigen Tage der Kohlenhändler Ludwig Wellhausen aus der Saateneststraße. Wellhausen, der auch im Finanzausschuß vertreten war, gehörte bekanntlich der Wirtschaftspartei an, aus der er aber bereits schon vor einigen Monaten ausgetreten ist. Als sein Nachfolger wird wahrscheinlich Gastwirt Juchacz in dem Stadtrat einziehen.

* Die Gültigkeit der Sonntagsfahrkarten der Reichsbahn für den Antritt der Rückreise am Montag ist bis auf weiteres von 9 Uhr bis auf 12 Uhr mittags ausgedehnt worden.

* Walter Loofhens „Smuggler“, das diesjährige Zwischenahner Bauernhausspiel, wird am 8. September, abends 8 Uhr 50 Minuten, durch die „Norag“ von Kiel aus im Rundfunk gesendet.

Ein neuer Roman

Heute beginnen wir mit dem Abdruck eines Kriminalfalls, dargestellt von Reinhold Eichacker

„Jeder ist verdächtig“

Rätsel um den Tod des Malers van der Straat.

Der Maler van der Straat wird tot im Arbeitszimmer seiner Villa gefunden. Alle Umstände deuten auf einen raffiniert angelegten Mord. Liegt Raubmord vor oder ein Racheakt? Mit wem ging van der Straat um? Gatte er Feinde und Widersacher? Wer hat ein Interesse an seinem Tod? Diese Fragen beschäftigen die ganze Stadt, von ihnen gehen Polizei und Untersuchungsrichter aus.

Unsere Leser werden nun nicht nur miterleben, wie sich dieser atemraubende Kriminalfall entwickelt, wie sich durch immer neue Zwischenfälle das Rätsel um den gesuchten Täter verdichtet, sie werden selbst Detektiv sein!

So sehr werden sie von der Gewalt der Schilderung gepackt. Die Lektüre des Romans wird ihnen zeigen, daß wir nicht zuviel über dies Werk Eichackers gesagt haben.

* Die Waage. Beim Schlachtfloß. Die Schlachtfibrieren gibt uns zum Theil des Herrn S. Naichen in Charlotten-
nigbt-West in Nr. 238 der „Nachrichten“ folgende Darstellung:
An dem genannten Tage waren bereits mehrere Tiere auf der-
selben Waage ordnungsmäßig gewogen worden, als ein nicht
angegebendes Kind unruhig wurde und sich mehrmals auf
den Boden hinwarf. Später wurde ein zweites Kind angeri-
thet, welches auch heftig über dem Vornamen der Mutter her-
vorfiel, bereits mehrere Jahre auf dem hiesigen Viehofh zu
gewesen ist, sofort vorgenommene Prüfung nicht festgestellt
werden konnte. Die Waage schien in Ordnung geblieben zu
sein. Hierauf sind drei Kinder einzeln gewogen worden, und
als Resultat des zweiten Versuches bald nachher die angezei-
gte Gewichtszahl angezeigt wurde. Die Waage wiederum ge-
sehen und sind die drei Kinder wieder gewogen worden.
Durch Nachwiegen auf einer zweiten Waage wurde festgestellt,
daß die Waage jetzt wieder richtig anzeigte. Alle vor dem Vor-
fall gewogenen Tiere sind ebenfalls nachgewogen worden, und
eine Uebereinstimmung in der Gewichtsfeststellung sich ergab. So-
bald die Waage wieder in Ordnung kam, wurden die übrigen
Tiere sind sofort telephonisch von dem richtigen Gewicht in
Kenntniß gesetzt worden. Auch Herr S. würde ohne sein Zutun
zu seinem Recht gekommen sein. Da es sich um eine Waage
eines öffentlichen Betriebes handelt, dürfte es sich erübrigen,
auf die gestellten Fragen näher einzugehen. Eine nach dem
oben Gesagten ausgesprochenen Ansicht entsprechende vorgenom-
mene Prüfung hat die einwandfreie Befähigung der Waage
bestätigt.

3) Im Bericht über die Sitzung der Sicherungsausschüsse, die am 8. September im Geschäftshause der Landwirtschaftskammer stattgefunden hat, muß es heißen anstatt: Sicherungsausschüsse zum Zwede eines friedlichen Ausgleichs zwischen Verpächtern und Pächtern, Sicherungsausschüsse zum Zwede eines friedlichen Ausgleichs zwischen Schuldner und Gläubigern.“

Die Sicherungsausschüsse sind eine Veranordnung des Staatspräsidenten vom 14. Juli 1933 die die Beziehungen zwischen einem Schuldner und seinen Gläubigern zu vermitteln, wenn der Schuldner außerstande ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen und deshalb die Zwangsversteigerung seines landwirtschaftlichen oder gewerblichen Grundbesitz in Aussicht steht oder angeordnet ist. Er soll zwischen dem Grundbesitzeigentümer und seinen Gläubigern eine gütliche Einigung über die Begleichung der Schulden und die etwaigen Vollstreckungsmaßnahmen herbeiführen, die den Interessen aller Beteiligten Red-

nung fragt. Die Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer evangelischer Geistlicher des Gaues Weier-Gemein, Bezirk Oberrhein-Bremmen, teilte mit, dass ein „Sonntags- und Schulungsausschuss“ in Bad Soden (Hessen) einberufen, in der künftige Pfarrer der Landes- und Provinzialkirchen Oberrhein-Bremmen eingeladen waren, „soweit sie nicht grundsätzlich der NSDAP ablehnend gegenübersteht.“ 37 Pfarrer waren der Einladung gefolgt. Die Tagung wurde eröffnet durch eine Begrüßungsansprache von Pfarrer Hölle, Schmiede, in der das Verhältnis des Nationalsozialismus zum Christentum, und im besonderen zur evangelischen Kirche getreulich und dabei betont wurde, dass die Kirche sich entscheiden müsse, ob sie eine „unabhängige Bewegung“ habe, die sich nicht in „ihnen und mit ihnen“ bewegen will. „Die Kirche ist sich selbstbewusst für die Kirche. Den Hauptvorwurf hatte Pfarrer W. Schuler, Würzburg, der Gau-Regierungs-Pfarrer, Gemein-

[illegible][illegible]

* Botanischer Garten am Mittwoh, dem 7. September 1894. 4-6.30 Uhr. Freier Eintritt. — Das folgende Wetter hat nicht verheerliche Veränderungen angerichtet. Trotzdem blüht die Herbst-Heide mit folcher Rufe, daß jeder Steinergarten eine Fläche für solche Blumen übersehen sollte. Eine zweite Art, Sommerlilie zeitleute aus Gießen, die ich schon im vorigen Jahre in der Gasse am Mittwoh, dem 1. September, die Sonnenbrille nicht gerade übermäßig schön, weil er seine Blätter mit ihrer Fläche doch in die Nord-Süd-Richtung, um eine so intensive Verfrachtung mitläßt zu verhindern, dagegen gleich in die Morgensonne zu stellen. Diese Blütenblätter recht quer aufzuliegen, und die Wetterfahne, die ich schon im vorigen Jahre Mutter Sonne eingehalten. Ihre überben Straßblüten von 10 Zentimeter Durchmesser schließen sich eben und öffnen sich morgens nur, wenn die Sonne mit frischem Strahl dazu auffordert. Naß ist die Luft, und die Sonne ist nicht so hell, wie die glänzende Oranien-Heide schon wieder ein gelassener. Ich habe mich schon im vorigen Jahre gesagt, daß ich, falls der Mittwoh Sommerzeit hat, um 4.30 und um 5 Uhr anstellen will. Durch nachgemachten Regen mit der Heideanne können wir die Blüten, die in einer halben Minute zu blühen beginnen, nicht so schnell zu sehen, wie die Blumen des Mittwoh zum letztenmal. Sie haben sich schon um 4.30 und 5 Uhr, und muß man gehen haben.“ Dr. W.

* Franz Lehars erste Tonfilmoperette. Ein bedeutendes film-musikalisches Ereignis steht bevor. Heute erscheint im Saallicht der Franz-Lehar-Film "Es war einmal ein Walzer", die erste Operette, die Lehar speziell für den Tonfilm komponiert hat. Der Film, eine heitere Liebesgeschichte im Wiener Milieu, wurde mit ausgezeichneten schauspielerischen und gefanglichen Kräften gedreht.

Kleine Mitteilungen

Der Vorstand der Abteilung Oldenburg der Deutschen Kolonialgesellschaft macht aufmerksam auf den Wiederbeginn der Zusammenkünfte und bittet die Mitglieder um rege Beteiligung. Der Hochheimische Verein hält laut Anzeige am Donnerstag eine Monatsversammlung ab.

Schmiede.

Der Schmiedeverein hielt am Montag des 12. Mitgliederversammlung unter guter Theilnahme in Reiss Garten in Radolfz. Als Viele Kleinarbeit war inzwischen geleistet worden, genügt, gestrichet und im einzelnen gehoben. Schwere Arbeit, verlas einen interessanten Bericht aus einer Frauenvereinsversammlung des Jahres 1848, der in grobem Einklang mit der Arbeit des Vereins steht. Auch damals war es ein Gebot der Zeit, alles Engherzigkeit, nur zu sagen, was man selbst zu thun im Stande ist. Die Frauenvereinsversammlung der Hausfrauen hände vor. Wo ein Haushalt aufgelöst wird, wo im Hause überflüssige Möbelfstücke stehen, ist der Verein gern bereit, sie holen zu lassen. Sie werden infand gefegt und finden wieder eine nützliche Verwendung. Ein Fest am 9. November mit Reden, Gesang, Vertheilung von Karten und Verlosung von Geldpreisen und Waaren, soll die Hoffe der Theilnehmer befestigen. Des Fräuleinmarchen wegen wird die nächste Versammlung schon Ende September sein.

Gehörn. Mehrere junge Landwirte bezielten eine Veranlassung im „Siederrug“ in Anbacht an, inbezug Gründung eines „Landwirtschaftlichen Vereins“. Inbezug Gründung eines Vereins waren 16 junge Landwirte aus der Umgegend erschienen, die sämtlich als Begründer und Mitglieder des Vereins aufgenommen wurden. Der Verein erhielt den Namen „Austung junger Landwirte Gehörn-Gehörn“. Der Verein soll den Zweck haben, auf gemeinschaftlichem Wege die Kenntnisse der Landwirte durch Vorträge, Ausflüge und Besichtigungen zu erweitern und zu fördern. In der heutigen, wirtschaftlich schwersten Zeit, ist es für einen jeden jungen Landwirt doppelt notwendig, sich mit der Praxis der Landwirtschaft vertraut zu machen, um durch festliche Veranstaltungen die Sammelkraft des Vereins nach Möglichkeit zu vergrößern. Der Verein wurde beschaffen, nicht mehr als dreißig Mitglieder in den Verein aufzunehmen, um nicht durch die Überzahl von Mit-

Die letzte Anrecht-Woche hat begonnen!

Die Männergesangsvereine von Apen (Viebertanz) und Zugvögeln (Concordia) und Eintracht) kamen in Burgabes Gedächtnis zu einem gemeinsamen Eintracht zusammen. Die Leitung wurde dem Dirigenten Spil. K. H. H. von der Concordia übertragen. Es handelte sich um die Vorbereitung zum Übernachten Sängerfest, das in Kürze in Wiesbaden stattfinden wird. Wichtig und wichtig waren die Veder durch den Raum in Burgabes. Die Sängervereine der Gemeinde Apen zu ihrem Bundesfest in Apen Zugvögeln in Burgabes, das eine wunderbare Vorstellung hat, sich zu einem gemeinsamen Vortrag bereiten (Konfession) haben die Leitung, da war die folgende Zustimmung genau so groß.

Königsfeste der Lage der schweren wirtschaftlichen Lage hatte der hiesige Schützenverein in einer außerordentlichen Generalversammlung einstimmig beschlossen, in diesem Jahre von der Abhaltung seines traditionellen Schützenfestes abzugehen. Um aber wenigstens das Schützenfest etwas anklingen zu lassen, veranstaltete der Verein Sonntagmorgen im Schützenhause ein Königsfest, verbunden mit Bräutigam und Kleinfestlichkeiten. Nach Beendigung des Schützenfestes traten die Schützenbrüder im Schützenhause an, wo Hauptmann Dietrich den neuen Schützenführer, Gg. Siemens, mit fröhlichen Worten zu seiner glatten 20. Geburtstag, worauf der König an seine Mannen einige Worte richtete.

Augschisch Ein schweres Kalb mit einem Gewicht von 122 Pfund wurde im hiesigen Augschisch geboren. Das Kalb liegt in seiner Seitenlage seit einer Woche und ist zur Aufzucht auf das wertvolle Muttertier und die sorgfältige Pflege, die Herr Neuen seinen Tieren angedeihen lässt. Das Gewicht eines Kalbes beträgt im Durchschnitt 70-85 Pfund.

Wärsel Ungefähr 30 Schüler unserer höheren Technischen Lehranstalt unternehmen am 2. September eine Reise nach Hamburg durch die griechische Wärsel. Die Reise unternehmungslos ist zu geradezu zu einer dauerhaften Fahrt ein, zumal alle Teilnehmer durch das lange Seiner so gut wie ausgeglichen waren. Ueber „Deutsche Erde“ - Wärsel ging es hin nach Wärsel. Hier wurde zunächst ein Vortrag gehalten über die Geschichte der Wärsel, die in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Der Vortrag wurde von Herrn Neuen gehalten, der die Wärsel in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Der Vortrag wurde von Herrn Neuen gehalten, der die Wärsel in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Der Vortrag wurde von Herrn Neuen gehalten, der die Wärsel in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Im dem Bericht über die Sitzung des Landesbischöflichen Rates gegen den Landwirt Otto Hühner war auch davon die Rede, dass die Sitzung nicht stattfinden konnte, weil Reichsminister Hühner, der sich in der Sitzung befand, sich nicht an der Sitzung beteiligen konnte. Die Sitzung wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Sitzung in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Sitzung wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Sitzung in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Kriegervereins- und Volksspekt. Schon immer war es im Bodorn Kriegerverein, der unter der umsichtigen Führung seines ersten Vorsitzenden, Johannes Wredeborn, sich zu hoher Blüte entfaltet und reichlich 200 Mitglieder zu seinen Reihen zählt. Die Vereinsleitung hat sich in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt. Die Vereinsleitung hat sich in der Vergangenheit eine wichtige Rolle gespielt.

Schulung Die Stützpunkte versetzen. Sonntag nachmittags fand eine Schulung der gesamten Ertzhandeln in Gruppen und Abteilungen statt. Die Schulung wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Schulung in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Schulung wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Schulung in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Schweiburgerseil. Beim Vogelsticken wurde der Schweiburgerseil. Der Schweiburgerseil wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Schweiburgerseil in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Der Schweiburgerseil wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Schweiburgerseil in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Ein Teil der Gumbelische gebrochen. Von den bei Sprump gelegenen Dörfern der Gumbelische ist ein Teil gebrochen, so dass die Straßen überflutet wurden. Die Gumbelische wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Gumbelische in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Gumbelische wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Gumbelische in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Das 200jährige Kirchweih-Jubiläum des Sonntag gefeiert wurde, fand sehr gute Beteiligung und nahm einen erheblichen Verlauf. Die Kirchweih wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Kirchweih in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Kirchweih wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Kirchweih in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Altenhundert. Das 200jährige Kirchweih-Jubiläum, das Sonntag gefeiert wurde, fand sehr gute Beteiligung und nahm einen erheblichen Verlauf. Die Kirchweih wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Kirchweih in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Kirchweih wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Kirchweih in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Ein Teil der Gumbelische gebrochen. Von den bei Sprump gelegenen Dörfern der Gumbelische ist ein Teil gebrochen, so dass die Straßen überflutet wurden. Die Gumbelische wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Gumbelische in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Gumbelische wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Gumbelische in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Das 200jährige Kirchweih-Jubiläum des Sonntag gefeiert wurde, fand sehr gute Beteiligung und nahm einen erheblichen Verlauf. Die Kirchweih wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Kirchweih in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Kirchweih wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Kirchweih in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Ein Teil der Gumbelische gebrochen. Von den bei Sprump gelegenen Dörfern der Gumbelische ist ein Teil gebrochen, so dass die Straßen überflutet wurden. Die Gumbelische wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Gumbelische in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Gumbelische wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Gumbelische in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Das 200jährige Kirchweih-Jubiläum des Sonntag gefeiert wurde, fand sehr gute Beteiligung und nahm einen erheblichen Verlauf. Die Kirchweih wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Kirchweih in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Kirchweih wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Kirchweih in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Seban- und Tannenbergsfeier. Die Ortsgruppe der NSDAP, veranstaltete am Sonntagabend im Sebanes Gasthaus eine Seban- und Tannenbergsfeier. Die Feier wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Seban- und Tannenbergsfeier in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Seban- und Tannenbergsfeier wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Seban- und Tannenbergsfeier in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Die freiwillige Sanitätskolonne vom roten Kreuz hielt am Sonntag im „Eintracht“ ihre amtliche Abschlussprüfung ab. Die Prüfung wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Prüfung in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Prüfung wurde von Herrn Neuen geleitet, der die Prüfung in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Freiwilligen. Am Sonntag fand das vom Kriegerverein Straßburg durchgeführte Freiwilligen für die Zeit vom 2. August bis zum 4. September sein Ende. Die Freiwilligen wurden von Herrn Neuen geleitet, der die Freiwilligen in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Die Freiwilligen wurden von Herrn Neuen geleitet, der die Freiwilligen in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Brate. Der Stadtrat hat in der letzten Stadtratssitzung einen Beschluss gefasst, der die Stadtratssitzung in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte. Der Stadtrat hat in der letzten Stadtratssitzung einen Beschluss gefasst, der die Stadtratssitzung in der Vergangenheit eine wichtige Rolle spielte.

Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst.

Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst.

Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst.

Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst.

Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst.

Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst.

Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst. Der Kreis umfassen Stadt und Amt Delmenhorst.

Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut.

Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut. Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut.

Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut. Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut.

Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut. Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut.

Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut. Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut.

Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut. Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut.

Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut. Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut.

Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut. Freder schon wieder umgebrochen und erneut befestigt. Man vom Landmann erfahren hat und soweit das Notn abgebrochen ist, sind die Ertragsnisse sehr gut.

„Politische Beweggründe“

Das Strafverfahren gegen die Landbundsleiter Gutschäpfer Plate in Hemmelskamp und Dr. Müller in Oldenburg durch Beschluß des Oberlandesgerichts Oldenburg eingestellt

Das Oldenburgische Staatsministerium hat am 6. Juli 1932 eine Verordnung erlassen, wonach für die wegen eines Vergehens oder einer Uebertretung rechtskräftig erkannten und noch nicht verurteilten Straftaten, die wegen Straftaten verhängt worden sind, welche aus politischen Gründen begangen sind, Strafrecht gewährt wird und Verfahren, die bei Gericht oder bei der Staatsanwaltschaft wegen solcher Vergehens oder Uebertretungen anhängig sind, eingestellt werden, wenn die Tat vor dem 17. Juni 1932 begangen ist. Die Staatsanwaltschaft Oldenburg hat auf Grund dieser Verordnung die Einstellung der Strafverfahren gegen den Hauptgeschäftsführer des Landbundes Oldenburg-Bremen, Dr. Müller, und den Landbundsleiter Plate, Hemmelskamp, beim Landgericht Oldenburg beantragt. Gegen Dr. Müller war, wie die „Nachrichten“ auch bereits berichteten, Anklage erhoben mit der Begründung, sich dadurch eines Vergehens gegen § 110 StGB in Verbindung mit §§ 1 und 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 15. Sept. 1932, § 20 I des Reichsgesetzes schuldig gemacht zu haben, daß er in den von ihm ausgeübten, Richtlinien des Landbundes Oldenburg-Bremen“ die Parole ausgab, Steuern und Schulzinssätze nur soweit zu bezahlen, als dies ohne Inanspruchnahme der Vermögenssubstanzen möglich ist. Dem Gutschäpfer Plate wurde andererseits zur Last gelegt, sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der Erpressung (§§ 114, 253 StGB) dadurch schuldig gemacht zu haben, daß er die Zwangsversteigerung des Grundbesitzes des Landwirts Sch. verweigert habe. Er habe sich für Sch. eingesetzt, weil dieser, wie er selbst, Landwirt und in seiner Nachbarschaft anständig gewesen sei, nicht aber, weil er die politische Gesinnung des Sch. geteilt habe.

Auf die von der Staatsanwaltschaft gegen die Ablehnung der Einstellung des Verfahrens erhobene Beschwerde hat der Bezirksrat des Oberlandesgerichts Oldenburg nunmehr die Beschlüsse des Landgerichts aufgehoben und auf Einstellung des Verfahrens gegen beide Angeklagte erkannt.

Nachdem das Oberlandesgericht in seinem Beschluß zunächst die Rechtsgültigkeit der VO. vom 6. 7. 32 bejaht, führt es bezüglich der allein zweifelhaften Frage, ob die Straftaten der Angeklagten aus „politischen Gründen“ begangen seien, aus:

„Der Begriff der „politischen Gründe“ ist der Gesetzesprache nicht unbekannt; er findet sich z. B. in Art. 124 Abs. 2 Abs. 1, ferner in § 61 Abs. 2 StGB und in § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen vom 28. März 1931 (RGBl. S. 79). Der Begriff „politisch“ wird auch in sonstigen Vorschriften verwendet, z. B. in § 3 des Vereinsgesetzes, § 5 Abs. 4 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März 1930 § 34 Abs. 1 StGB, § 197 StGB, § 1 des Postgesetzes, schließlich in einer Reihe von Amnestiegesetzen der Nachkriegszeit, die für Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen sind, Strafrecht gewähren (§. 1 Abs. 1 des Reichsgesetzes vom 14. Juli 1928). In allen diesen Fällen hat der Begriff „politisch“ die gleiche Bedeutung. Das Reichsgericht hat sich des öfteren mit der Auslegung des Begriffs beschäftigt. Im RG. Str. Bd. 16 S. 385 wird ausgeführt:

„Unter politischen Gesinnungen wird man alle Angelegenheiten zu verstehen haben, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die internationalen Beziehungen zueinander in sich begreifen.“

In RG. Str. Bd. 22, S. 34, wird diese Begriffsbestimmung dann dahin eingeschränkt:

„Es handelt sich nicht darum, durch Ideenverbindungen zu ermitteln, ob die fraglichen Gesinnungen nicht unter Umständen in die Interessen und Aufgaben des Staates hinüberreifen können, sondern ausschließlich darum, ob der fragliche Gegenstand als solcher unmittelbar seine Organe und Funktionen in Bewegung setzt und solcher Art als ein „politischer“ bezeichnet werden kann.“

Auch soziale Angelegenheiten wie überhaupt sämtliche Angelegenheiten des privaten Lebens können, wie das Reichsgericht weiterhin ausführt, in ihren Wirkungen und Konsequenzen, die sie erzeugen, politische Bedeutung erlangen. Diese Begriffsbestimmung ist in RG. Str. Bd. 44, S. 426; 58 S. 415 und Bd. 69, S. 20, aufrechterhalten worden. Auch die übrigen höchstgerichtliche Nachprüfung, insbesondere das Reichsgericht, hat in RG. 1931, S. 731, und das Preussische Obergerichtsverwaltungsgericht, das den Zweck eines

Rechts als „politisch“ im Sinne des § 61 Abs. 2 StGB bezeichnet, wenn dieser „eine Einwirkung auf die Gesetzgebung oder auf die Grundzüge der Verwaltung des Staates“ bezweckt, ist der Begriffsbestimmung des Reichsgerichts gefolgt (vergl. Schäfer-Cohn Geleg. gegen den Waffennisbrauch, S. 42). Demnach ist eine Angelegenheit politisch, wenn sie den Staat, seine Gesetzgebung, seine Organe und Funktionen, insbesondere die staatsbürgerlichen Verhältnisse seiner Angehörigen oder seiner internationalen Beziehungen zu anderen Staaten unmittelbar berührt. Andere Angelegenheiten, wie religiöse, soziale und wirtschaftliche, können politisch werden, wenn eine Veränderung der bestehenden Zustände mittels staatlichen Zwanges, der Eingriffnahme auf die staatlichen Einrichtungen und Organe oder mittels Befreiung staatlicher Verfassungsgrundsätze oder Gesetze erstrebt wird (vergl. Stenglein 1928, S. 300; RG. Str. Bd. 63, S. 21; Schäfer-Cohn S. 43).

Von dieser Begriffsbestimmung ist auch im vorliegenden Falle auszugehen.

Die den Angeklagten zur Last gelegten Vergehens stellen an sich noch keine politischen Delikte dar. Die Beweggründe der Angeklagten sind, wenn man ihr Verhalten aus dem Zusammenhange gelöst betrachtet, vielmehr wirtschaftlicher Natur. Die Strafkammer begründet daher auch ihre Ansicht, daß es sich nur um wirtschaftliche, nicht politische Beweggründe gehandelt habe, damit, daß sie ausführt, der Angeklagte Plate habe verbinden wollen, daß die Landstelle des Sch. veräußert werde. Er habe sich für Sch. eingesetzt, weil dieser, wie er selbst, Landwirt und in seiner Nachbarschaft anständig gewesen sei, nicht aber, weil er die politische Gesinnung des Sch. geteilt habe. Der Angeklagte Dr. Müller habe andererseits mit den von ihm angeregten Maßnahmen nur den wirtschaftlichen Schutz der Landbundsmitglieder bezweckt.

Die Strafkammer geht hiermit an der unwiderlegten Einwirkung der Angeklagten vorbei.

Der Angeklagte Müller hat ausgeführt, er habe die inkriminierten Richtlinien des Landbundes nur deshalb ausgearbeitet und die Parole, Steuern und Schulzinssätze nur soweit zu bezahlen, als dies ohne Inanspruchnahme der Vermögenssubstanzen möglich ist, ausgetragen, als die Strafrichter der landwirtschaftlichen Substanz ausreichten, nur deshalb gegeben, um die Landwirtschaft zu erhalten und ihr die Möglichkeit zu belassen, im Interesse des Deutschen Volkes für die neue Ernte zu sorgen. Die vorhandenen Gesetzesbestimmungen gäben dem selbständigen Mittelstand in der Landwirtschaft keinen hinreichenden Schutz gegen Ueberlastung und Auszehrung. Das Reich und der Oldenburgische Staat hätten bislang in dieser Beziehung vollkommen versagt. Aus diesen Gründen habe er den Landbund als die Interessenvertretung der Landwirtschaft und sich als den Hauptgeschäftsführer des Landbundes zu den unternommenen Schritten für berechtigt und verpflichtet gehalten.

Nachklänge vom Stahlhelmtag Die Beteiligung der Oldenburger

II. Unterwegs

Über der lange Heini hat wirklich recht, denn wenn es nicht regnete, sondern glühender Sonnenschein wie vor einigen Wochen wäre, dann könnte man nicht viel von Gemütslichkeit hier im Zuge sprechen. So aber sorgt der Regen für Abkühlung, und alles fühlt sich äußerst wohl. Davon ausgenommen sind natürlich die gewöhnlichen oder gewerkschaftlichen Mederer oder Vögel, denen nichts paßt: bald ist der Platz zu eng, bald zieht es, ist zu kalt oder zu warm. Die Kameraden sind zu laut oder zu still usw. Solchen Unlustwurmern ist eben nicht zu helfen. Sie müssen genossen werden, wie sie sind. Außerdem machen sie sich dadurch nützlich, daß sie zur Erheiterung der Mitreisenden durch ihre ewige Unzufriedenheit und ihr Gekasper beitragen. Also, auch sie gehören in so einen richtigen Transportzug.

Je weiter wir über Bremen hinaus gegen Hannover kommen, spielt sich alles mehr und mehr ein; nicht allein die Unentwegten, denen ein ausgezogener Waffentrock zum Statist vollkommen ausreicht, um den „Grand mit Weren“ richtig zustande zu bringen. Anderswo werden die Tornister aufgeschliffen, und nun kann der stille Beobachter allerlei Schlüsse ziehen, wie „Mutter“ die Fahrt des „Allen“ mit mehr oder weniger Lust und Liebe vorbereitet hat.

Was kommt da alles aus den Tischen des Kahllederns hervor! Oldenburgs Fleischereien glänzen im Fett ihrer viel bewährten Kunst. Es ist die reinste Kochkunstausstellung, die da ausgetrieben wird. Die Fleischhühnerjagd ist auch rechtzeitig eröffnet, das sieht man bei den Kameraden aus. ... der da nichts als Hühner entwickelte. Kartoffelsalat ist in allen Abteilungen des Gesimades vorhanden, Eier müssen aber hart gekocht mitgegeben werden sonst fadert's! Was aber Gustav sich da gerade zu Gemüte führt, da darf man nicht hinschauen, sonst gibt's Gallenleiden. Ob's als Nachschiff ist ebenfalls reichhaltig vertreten. Und da der Mensch nun schon seit hundert Jahren nicht allein vom Brot und Zuckertat lebt, so ist in diesen heiteren Transportzug auch ein „Kartwagen“ eingeklinkt, in dem der die Karamell im „Zweifel seines feinsten Angebots am Zapphahn steht und eisigglühend's Bier (bis von der rühmlichst bekannten Eisfabrik von W. D. geliefert!) verzapft. Ganz findige Leute sorgen dafür, daß auch sonst nichts liegen bleibt in den Gedächtnissen, weil es verbietet, ausgerunnen zu werden.

Nun denke aber niemand, daß solche Fahrt nur aus Essen und Trinken besteht; nein, auch die geistigen Genüsse

Der Angeklagte Plate hat andererseits geltend gemacht, er sei Vorsitzender des Amtsanbundes Oldenburg-Bremen habe nach den von dem Angeklagten Müller ausgearbeiteten Richtlinien des Landbundes Oldenburg-Bremen gehandelt. Bei ihm seien vornehmende Zwangsversteigerungen, melden gewesen. Der nach den Richtlinien zu bildenden Ausschuss sei im Falle Sch. in Tätigkeit getreten habe beschließen, für ihn einzutreten, d. h. die Zwangsversteigerung zu verhindern.

Ist dies aber richtig, so handelten die Angeklagten Müller und Plate aus „politischen Gründen“, indem mit ihrem Vorgehen für den Landbund Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und des Reichs Oldenburg gewinnen wollten. Wie das Reichsgericht in in den hier fraglichen Punkten wörtlich mit der VO. Staatsm. vom 6. 7. 32 übereinstimmenden Gesetz vom Juli 1928 über Strafrecht zurecht ausführt (Bd. 63 S. 21 ff.), scheidet das Gesetz nicht nach politischer Betätigung und ist deshalb in einem eingeschränkten Sinne auszulegen. Es ist daher auch die politische Natur des Vorgehens der Angeklagten ohne schlagende Bedeutung, ob sie dadurch auch die wirtschaftliche Befreiung der Landbundsmitglieder erstrebt, darauf, ob die Angeklagten mit ihrem Verhalten auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches und des Reichs Oldenburg Einfluß gewinnen wollten, kommt es an. Daß die Angeklagten diesen Zweck verfolgten, und zwar der Angeklagte Müller, indem er die Richtlinien und die Parole Landbundes ausarbeitete, der Angeklagte Plate, indem er diese Richtlinien die Zwangsversteigerung zu verhindern suchte, ist dem Senat nicht zweifelhaft. Es spricht schon die Einleitung der Richtlinien, in der die Wirtschaftsprobleme des Staates, nicht nur zu der Wirtschaft, Stellung genommen wird. Die unter bezeichnete Aufgabe, Verhinderung weiterer Substanzverlustrung, infolgedessen Verhinderung von Zwangsversteigerungen in das bewegliche und unbewegliche Vermögen ebenfalls „politisch“, da sie sich gegen staatliche Einrichtungen richtet.

Wenn es dann weiter unter C 6 der Richtlinien der Abwehrkampf müsse von unten kommen und zum Ende in der Spitze zusammengeführt werden, so kann dies hin verstanden werden, daß durch den Reichslandbund Spitze der örtlichen Landbundsverbände Einfluß auf die Gesetzgebung und Verwaltung geübt werden solle, und dahingehend, die in den Richtlinien zur Steuerung der Landwirtschaft als erforderlich erachteten Einrichtungen der Zwangsversteigerung in das landwirtschaftliche Vermögen geübt zu veranlassen. Die Beweggründe für Handeln der Angeklagten sind mithin politisch im Sinne § 1 Abs. 1 der Verordnung des Staatsministeriums vom 6. Juli 1932.

Der angefochtene Beschluß war daher aufzuheben das Verfahren nach § 2 Abs. 1 der Verordnung vom 6. 7. 1932 einzustellen.“

Dr. Mendelsohn, Landgericht

werden nicht vernachlässigt, dafür sorgt zum mindesten Hans Wippenhat mit seinen neuesten Kalamüren. Erregung und der Sportgeist breiten sich aber auch nicht fast langweilige um sich im Handumdrehen auf. Kurz und es ist alles in Ordnung, und so wird Braunschweig reich!

III. Wirkungen

So ein Massentransport geht nicht ohne Wirkungen. Feldzug war nun doch immer Trümpf in Deutschland Jahre hindurch. Wenn daher mitten in dieser freien Zeit das altertraute und beliebte Feldzug in geschlossenem Transport von 1800 Mann sichtbar wird, stellen sich auch die Wirkungen ein.

Das erfahren wir wieder auf allen Durchgangspunkten. In Bremen begann es, in Hannover und schließlich, wo es einigen Aufenthalt gab und die Zeit hatte, ihre Kunst zu beweisen, wurde die Wirkung augenfälliger.

Was ist das? Soldaten? Stahlhelme! So schwirrt den Heisenden der Zivilistenszüge durcheinander. Die jetzt ein, wie man's bei Meißner Wille und seinen Mitarbeitern anders gewohnt ist. Nun sieht die Geschichte! Welche Gleichgültigkeit, Zuneigung, flammende Anteilnahme, das spricht aus den Mienen. Bemerkungen: „Seht, die!“, „Heil!“, „D. wie schön!“, „Heil!“, „Front!“ So schwirrt es durcheinander. Was die Lippen verfluchen oder verschlucken — die Augen verateten es! Im allgemeinen überwiegt das Erstaunen. Man hat ja im Krieg Ereignisse und Fortentwicklungen den Stahlhelme (sogar alten Eisen gelegt in den Ausdauerungen der breiten und jetzt sieht man es hier handgreiflich: Der Stahlhelme, bedeutet etwas und wird in Zukunft noch viel bedeuten! Das sind die Wirkungen!

G. Bremen

Erzogroßherzog Nikolaus beim Stahlhelmtag in der Wärend der Vorbereitung zur Paradeausstellung dem Tempelhofe Feldes kam Erzogroßherzog Nikolaus seinem Landesverbände zu den Oldenburgern, um Kameraden aus der Stadt und besonders aus der Wä der Ortsgruppe zu begrüßen. Der Erzogroßherzog nahm nicht etwa als Zuschauer am Appell teil, sondern machte die ganze Fahrt seines Verbundes folsteim im Stahlhelmeinsatz mit.

Donnerstag, den 8. September 1932,
15 Uhr,
sollen in der Markthalle verschiedene

Sundfischen

als Kleinbänke, Sandfische, Kite, Schube, Schirme, Bortennormales, Sandfische, Wären, Brillen, Surmalerne, Gahr, räder usw.
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung verkauft werden.

Oldenburg, den 1. September 1932.
Stadtmagistrat

Zwangsversteigerung

Am Mittwoch, dem 7. September 1932, vorm. 9 Uhr, gelangen in Streckermoor öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zur Versteigerung

1 Pferd
1 schwerer Ackerwagen

Käufer veranlassen sich um 8 1/2 Uhr in Wüllers Wirtschaft in Sandburg.
Niehaus, Obergerichtsvollzieher

Weideland

Landwirt Johann Schröder in Petersfehn beabsichtigt, seinen am Quernweg bei Georg Meyers Gutswirtschaft in Petersfehn belegenen

Weideplacken

eine 2 1/2 Hektar große, mit Antritt auf Verlangen zu verkaufen.
Kaufinteressenten wollen sich an mich wenden.
Gerhard Böning, Auktionator,
Oldenburg-Overfen, Hauptstr. 27, Tel. 4014

Forstwerk sucht 2500 m Feldbahn-
gleise, 7 cm hoch, auf Eisen-
schwellen, 20 Wundentipper, bis
1 cbm Inhalt. Angebote unter A
E 149 an die Geschäftsstelle bei. Bl.

Ethlich, gutab. Bd. 1/2 m Auftrage zu ver-
kauft, 5-10-12 Waage
auf vert. Nach, in d. breitt. Vorrund.
Geschäftsstelle d. Bl. Regelhofstraße 18.

Die bes

Kartoffel
Kartoffeln
am St.

Telephon
Gisel Weg
auch verWand

Gut erhalt.
zu ver-
kaufen
Weinstraße

Unterhaltung und Wissen

Nummer 243 / Dienstag, 6. September 1932

Unterhaltungsteil der „Nachrichten für Stadt und Land“

Verschollen im Nordmeer

Die Wifingerfahrt der „Atlantia“
Von Walter Grieg

Vor einigen Monaten sind (vgl. den Artikel: „Eine Wifingerfahrt“ in Nr. 229 vom 23. vorigen Monats) ein paar tüchtige junge Leute unter Leitung des Kapitäns und Nordlandforschers Walter Grieg mit der kleinen Segelschiff „Atlantia“ ausgezogen, um über Schottland nach Island vorzustoßen. Die Wifingerfahrt hätte vor einigen Wochen in den schweren Nordmeeresstürmen beinahe ein jähes Ende gefunden, 14 Tage lang war die Expedition verschollen. Der folgende, jedoch eingetrossene Bericht des Expeditionsleiters erzählt von der schweren Fahrt der tüchtigen jungen Seeleute.

An der Südküste Islands stranden jährlich Schiffe. Strömungen, Nebel, Lavafeld und Sturmbrandung sind die Ursache. Daslose Wrack liegt eingebettet im Sande. Die Schiffsführung ist hier sehr schwierig. Die Berge täuschen einem vor, daß man sich noch weit ab befindet, in Wirklichkeit schäumt aber die Brandung nahe. Am gefährlichsten ist die Strömung, die das Schiff in die Buchten hineinbringt.

Doch wir gelangen unbeschadet bis in die Nähe des Kap Portland, haben bereits im Frühlicht den Berg der Götter nahe vor uns, als das Wetter jäh umspringt. So schnell wie hier pflegt in südlichen Breiten eine Wetterveränderung nicht vor sich zu gehen. Erst kam eine unheimlich drohende Dünung, die donnernd gegen die steilen phantastischen Felsenwände von Portland brandete. Es wurde dunkel, der Himmel tiefschwarz, und der Dünung folgte bald der Wind, der mit ungeheurer Wucht in die Segel fiel. Regengüssen heften heran, und in wenigen Augenblicken waren die Küste, die Berge, die Klüfte verschwunden.

Wir führten nur wenig Segel, aber auch das war zu viel, denn das Meer war weiß von den schäumenden Wogen, über die die Jacht dahinflutete. Zu zweit mußten wir fluchen, um den Kurs, der zwischen dem Festland und den Westmänner-Inseln hindurchführte, einhalten zu können. Wehe, wenn man hier sich verfährt — eine Strömung, an der flachen Südküste oder auf den Inselgruppen war dann unabweisbar.

Dunkel und weiß sahen wir die nördliche der Westmänner-Inseln, umschäumt von wogender haushoher See, für einen Augenblick auftauchend. Dann hatten wir die Insel hinter uns und wieder freies Meer vor uns. Doch der Sturm legte immer mehr zu: Die Wellen wurden zu steilen Bergen, und es war bald nur noch eine Frage von Stunden, wie lange die Jacht den Brechern standhalten würde. Ohne festgelegt zu sein, war es überhört nicht mehr möglich an Bord sich aufzuhalten, denn immer wieder schlugen die Wogen über dem Fahrzeug zusammen, und wenn das Wasser abließ, die Jacht sich wieder auf einen Wellenrücken hob, mußten wir nach Luft schnappen, um gleich wieder die neue Sturztzelle heranziehen zu sehen. Um nicht auf die Küste zu kommen, hielten wir jetzt weit ab ins offene Meer. Der Regen ließ nach, aber die Gicht nahm uns jede Aussicht, und in den Augen brannte das Salzwasser.

Sechs Stunden währte unser Kampf. Dann war der Wind plötzlich fort. Nur die See blieb, und diese rasende See warf unser Boot unarmbarzig von einer Seite auf die andere. Das war fast das Ärgste. Die Jacht ließ sich nicht mehr steuern. Eine halbe Stunde später kam der Sturm aufs neue heran, aber nun von genau entgegengesetzter Richtung. Die Wellen wurden jetzt zu spitzen Säulen, und Himmel und Meer waren bald nicht mehr voneinander zu trennen.

Die nächsten Stunden lassen sich nicht beschreiben. Mit einer solchen Erörterung haben wir noch nie gekämpft; was es bedeutete, in diesem Chaos zerfetzte Segel zu bergen und neue an ihre Stelle zu setzen, braucht nicht gesagt zu werden.

Trotdem — es gelang. Aber wie sah das Schiff aus und die Tatzelge, als nach Mitternacht der Sturm sich legte und wir Jacht hatten, im Schein der Morgenröte die Tatzelge zu betrachten. Von neun Segeln, mit denen wir in Trabemünde ausgelegt waren, war nur noch ein einziges Sturmsegel unverfehrt. Wände waren ausgegriffen, und das Tauwerk so zerflossen, daß es sofort erneuert werden mußte. Es wurde ein stiller Morgen, nur die Dünung war noch sehr schwer, so schwer, daß das Boot immer wieder in die Wogen eintauchte und die Segel schleiften. Glücklicherweise befanden wir uns unweit von der Küste, daß wir Platz hatten zu treiben.

Müde waren wir, kraftlos die Arme, steif die Finger. Trotdem wurde Lantwer hervorgeholt, Segelgarn und Segelgarn, und wir machten uns an die Arbeit. Es war aber unmöglich, an Deck zu sitzen, immer wieder kamen wir ins Rutschen und wurden von aufschlagenden Wellen durchgeschlagen. Der Versuch, ein warmes Frühstück zu bereiten, wurde aufgegeben. Erst am Nachmittag hatte sich das Meer soweit beruhigt, daß wir in der Küche leben konnten und das erste Feuer wieder brannte. Summe noch wurde an Deck genötigt, Feuer mühtel brannte. Summe noch wurde an Deck genötigt, Feuer mühtel brannte. Summe noch wurde an Deck genötigt, Feuer mühtel brannte.

In dieser Nacht schloß der Wind vollends ein, zwei Tage hingen die Segel schaff, und die Jacht trieb immer weiter von Island. Wenig schliefen wir in diesen Tagen, dafür standen die Segel wieder, als die erste Brise heran kam. Der Wind wehte gerade aus der Richtung, wohin wir wollten, und so dauerte es weitere zwei Tage, bis wir das Kap Reykjavik vor uns liegen sahen.

Wir haben dieses Kap „Ap der Verzweiflung“ genannt. Mit unseren kleinen Segeln gegen den flauen Wind anzukreuzen, schien fast unmöglich. Aber am Morgen an Deck kam, sah das Kap, wer sich mittags zum Schlaf legte, träumte vom Kap, in der Mitternachtsstimmung war immer das Kap vor uns, zu allen Stunden des Tages; es schien, als würden wir es nie erreichen. Unsere Vorräte begannen zu Ende zu gehen. Den Anfang machte der Tabak. Das Trinkwasser folgte. Daran war ein Red schuld, das der letzte Sturm unsern Wassertank zugefügt hatte. Doch das be-
stimmte uns nicht. Jetzt wurde nur noch See gefischt und an kalter Weise gekostet.

Wir haben Island und seine Hauptstadt Reykjavik dennoch erreicht. Alle haben Unrecht gehabt, besonders die, die bei der Ausreise behaupteten, unsere kleine „Atlantia“ würde von den Islandstürmen vernichtet werden, wir würden uns in der unendlichen Wassertiefe verirren und in die Region der Eisberge geraten. Ein tiefer Nordwind führte uns bis nah vor die Stadt, aber dann wurde es wieder still, und wieder lagen wir zwei Tage in der Jante, diesmal so nahe am Ziel.

Und dann sind wir in den Hafen eingelaufen. Auch die

„Eine Frau, die weiß, was sie will“

Die neue Massary-Operette

Ein äußerst glanzvolles Bild bot das Berliner Metropol-Theater bei seiner Wiedereröffnung durch die Gebrüder Notter; man glaubte sich in die Zeit vor dem Weltkrieg zurückgeführt. Die große Anziehungskraft für das sehr elegante Publikum bildete weniger die Aufführung der neuen Operette von Oskar Strauß als die Rückkehr der Frau Fritz Massary zur Gesangs- und Schauspielerei in Trümpfe zu feiern.

Während des ganzen Abends entfaltete sie wieder in höchstem Maße das ganze Talent, das sie schon in ihrer ersten Persönlichkeit aus, an der die Jahre offenbar spurlos vorübergeleitet. Es ist dabei keineswegs bloß ihr hinreißendes Temperament; ihre vollendete Gesangs- und Schauspielerei; jedes Wort wird bei ihr zur Pointe. Wie sie ein einfaches Lied oder ein scharf gewürztes Couplet singt, macht ihr keine andere Künstlerin je nach.

Sie hatte diesmal übrigens eine Rolle, die recht dankbar war, und aus der gerade sie besonders viel machen konnte. Das in fünf Akten sich abspielende Libretto Alfred Grünwald ist nicht die sonst übliche Schablonenarbeit. Die Frau, die weiß, was sie will, verachtet ihrer die Mutter nicht fennenden Tochter zu Liebe auf ihren Frühlingstraum und bewahrt ihr nicht minder temperamentvolles Kind, das auf sie eifersüchtig ist, vor der aus Rache beabsichtigten Eheverung. Als sie dann endlich als Mutter sich zu erkennen gibt, fällt der Dank der Tochter um so stürmischer aus. Diese Mutter nun ist eine gefeierte Operettensängerin; die ersten Welter spielen in dem Theater, in dem sie auftritt, vornehmlich in ihrer Garbserie. Das Libretto verachtet erfreulicherweise auf jede Sentimentalität, ist meist recht lustig, dabei spannend in den Konflikten. Eine reizende Szene ist das Souper, zu dem die Diba außer ihrem letzten Freunde alle früheren eingeladen hat.

An dem ungemein starken Erfolg war auch Oskar Strauß als Komponist beteiligt. Nicht daß er der Operette neue Bahnen gewiesen hätte, aber seine melodischen Einfälle sind stets recht ansprechend. Ganz besonders glücklich ist er in der Erfindung von Walzermelodien gewesen, aber auch ein Tango wird bald vertrieben sein. Wit und echter Humor zeigt er in den Couplets. Von eigenartiger Reiz ist seine Melodie auch in der Szene der verarmten Freunde der Mittelhelbin. Die Orchesterbehandlung ist geschmackvoll und wohlklingend; zwei Klaviere geben dem auf die Jazzinstrumente verachtenden Orchester eigenartige Färbung.

Großen Erfolg hatte auch die junge Ellen Schwannede, die von Temperament spricht, als Tochter. Walter Slegat gab ihren zuerst in ihre Mutter verliebten Gatten zu flieh, überhaupt zu wenig elegant und ist noch immer kein großer Sänger. Unter den vielen trefflich besetzten Nebenrollen trat Hans Büsch als Theaterdirektor hervor. Die Ausstattung Erich C. Sterns entsprach den Traditionen des Hauses, das mit dieser Operette für die ganze Spielzeit verfügt sein dürfte.

Prof. Dr. Wilhelm Altmann.

September

Nun fallen goldne Blätter in den Teich,
der reglos liegt und blauen Himmel spiegelt.
Der Winden bunter Flor zankt überdies
um Garbener, libellengleich gestülpt.
Der Flaumenbaum trägt sein schickiges Laß,
die tiefbeschwerenen Äste brechen fast.

Das ist der dunkle Purpurrote Zeit.
Der steht der Trauer, ein glühender Verschwenker.
Der Sternscheiter leuchtet hell und weiß,
Reich da hütet er um ihre Ränder.

Zur goldenen Stunden, demit den roten Lauf
gerückelichen zum die sanften Augen auf.

Das Leben frömt wie eine Melodie
voll tiefer Lust und süßgeheuer Klage.
Wie jeder goldenen Weins daraufen sie —
die seltsam flüchtigen Septembertage.
Willkommen, Leuchten vor der großen Nacht,
die allem Jubel erst ein Ende macht!

Erste Ritter.

900-Jahr-Feier in Varenin

Aufführung eines plattdeutschen Heimatspiels
Am Sonntag beging das Kirchspiel Varenin bei Bremen seine 900-Jahr-Feier unter zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Kreis. Viele aus Bremen und dem hamoverischen Lande. Am Vormittag wurde im neuen Schulgebäude das Heimatmuseum eröffnet. Die Sammlungen weisen wertvolle Funde aus der Steinzeit aus, daneben Waffen, Münzen, Bücher, Urkunden, Trachten und Hausgerät der Vorfahren.

Mittags fand ein erhabender Festgottesdienst statt. Da der Raum in der nunmehr 900-jährigen St. Bartholomäus-Kirche nicht ausreichte, wurde die feierliche Handlung durch Lautsprecher übertragen. Zum freien lauschten Tausende der Festpredigt des evangelischen Landesbischofs D. Mathiasen, hamover, der an die Vergangenheit erinnerte und an die heutigen die Mahnung richtete, fest zum Glauben der Väter zu stehen.

Vor der Kirche folgte sodann die Aufführung des von Heinz Schmidt-Bremen verfassten plattdeutschen

haben unrecht gehabt, die behaupteten, der Bürgermeister käme uns mit einem bunten Behertran entgegen, und die Eingeborenen würden Freuden Tänze aufführen. Man hat keine Hämmer für uns geschlagen, und die Stadt ist nicht festgelegt, aber dennoch ist das kleinste Fahrzeug, das seit Wifingerzeiten je die Insel erreicht hat, auf das freudigste begrüßt worden, und wir bereuen es keinen Augenblick, nach Wifingerart hierher gekommen zu sein. Die Fahrt der „Atlantia“ von Trabemünde über Holland, England, Irland, Schottland und das Nordmeer ist ein einziges großes schönes Abenteuer gewesen, das wir nie vergessen werden.

Niedersächsischer Volksbühnentag

Osnabrück, 3. September.

Die niedersächsischen Volksbühnenvereine hielten ihren diesjährigen Bezirkstag am Sonnabend und Sonntag in Osnabrück ab. Am Sonnabend fand eine Werbeveranstaltung für das dortige Theater im Osnabrücker Stadttheater statt. Dort sprachen für die Stadtverwaltung Senator Hermann, Intendant Dr. Verend, der für das Regietheater als vollständiges Kulturtheater eintrat, und Dr. Klempke-Berlin. Er setzte sich für eine Wühmentunft ein, die bei Pflege der Kunst doch Stellung nimmt zu allen Gegenwartproblemen und so zur Quelle neuer Kraft und neuen Volles wird. Den Abend beschloßen in buntem Wechsel künstlerische Darbietungen.

Am Sonntagvormittag fanden sich die Abordnungen zu einer Arbeitstagung im Hotel Niedersächsischer Hof zusammen. Der Vorsitzende der Osnabrücker Volksbühne, Kunstmalers Meißner, und der Bezirkssekretär Garbisch aus Hamnover begrüßten die Delegierten. Aus dem Gespräch über die Volksbühnenvereine war ebenfalls unter der Vorsitzende zu sehen hatten, aber der Mitgliederbedarf in möglichen Grenzen blieb. Die Mitgliederzahl im Bezirk beträgt jetzt rund 35 000.

Zwischen des allgemeinen Kultur- und Gesellschaftsbergangs war es nicht leicht, das Vorhaben, der ersten Kunst zu dienen, immer aufrechtzuerhalten. Aber die Erziehungsarbeit der Volksbühne machte sich doch fast bemerkbar. So besuchten beispielsweise in Hamnover 67 Prozent der Mitglieder ernste Werke. Davon entfielen allein 40 Prozent auf das Schauspiel. Trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen wird die Volksbühne rüstig weiterarbeiten.

Ueber das Wandertheater berichtete dessen Leiter H. Jahr-Perford. Er führte aus, daß es gelungen sei, die Wandertheater am Leben zu erhalten, allerdings unter großen Opfern für das Personal, aber der Wille, der Kunst zu dienen, sei härter gewesen als alle Schwierigkeiten.

Nach einer kurzen Pause erhielt Prof. Dr. Brill-Hamnover das Wort zu einem Vortrag über das Thema „Gegenwart und Zukunft“. Er ging davon aus, daß in unserer Zeit alle festen Werte zweifelhaft geworden seien. In dem Suchen nach Aufheben und festen Normen habe man wieder auf die Klaffier, deren Wert es war, den Charakter des Einzelnen und die Kultur des Volkes zu bestimmen. Die Klaffier haben uns auch heute noch unendlich viel zu geben. Man kommt allerdings nicht zum Ziel, wenn man nur ihre Form kopiert. Man muß schon zu ihrem Geist vordringen. Goethe bezeichnete es als die Aufgabe der Kunst, der Wirklichkeit ideale Gestalt zu geben. Heute versucht man immer nur, an den Infinit des Volkes zu appellieren. Notwendig ist es aber, die Ideen aufzuklären. Gegen die Verwirrung der Zeit müssen die Werte geholt werden, aus denen Klarheit kommt. Die Jugend zu durchleuchten mit Geist und Ideen, erweist sich als die größte Aufgabe der Volksbühnen.

Mit Worten des Dankes an die Osnabrücker schloß die Tagung.

Heimatfest. Die Handlung führt in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zurück. Die Bauern rufen zum bewaffneten Widerstand gegen die Feinde, bis im Augenblick der höchsten Not die Schweden Gustav Adolf als Retter und Befreier erscheinen. Das Spiel, erfüllt mit dichterischer Kraft, fand eine ausgezeichnete Wiedergabe und hinterließ stärkste Eindrücke.

Danach vereinigte sich die unübersehbare Festgemeinde auf dem Krusenberge. Hier kamen die Vertreter der Behörden und der kirchlichen Organisationen mit Grüßen und Glückwünschen zum Wort. Mit gesanglichen und bellamatorischen Darbietungen, Vorträgen der Poeten und anderer künstlerischen Aufführungen fand das schöne Heimatfest einen würdigen Abschluß.

W. S.

Englischer Dank

Otto Brahm, dessen kurze prägnante Mitroorten bekannt waren, hatte einmal mit seinem großen Rivalen Max Reinhardt eine Auseinandersetzung, bei der es sich um die Höflichkeit handelte. Die Höflichkeit hatte ohne Rücksicht auf ihre Verpflichtungen, die sie an Reinhardt banden, Verhandlungen mit Brahm angeknüpft, und so machten eine Zeitslang beide Direktoren auf sie Anspruch.

Als Brahm kurz nach diesem Intermezzo seinen 50. Geburtstag feierte, gratulierte ihm Reinhardt mit einem sehr verbindlichen Telegramm. Brahm fuß darauf, um sein besseres Gedächtnis zu zeigen, zurücktelegraphiert habend „Danke schön“.

Ein neuer Taucher-Apparat

Einen neuen Dauererford im Tauchen will ein Taucher im Hafen der australischen Stadt Sydney mit Hilfe eines neuen Apparats ausführen haben. Wie von dort berichtet wird, besteht die neue Taucher-Ausrüstung, die von Clifford und Cantor erfunden worden ist, in der Zusammenfassung eines inneren und äußeren Metallhelms mit einem neuen System von Ventilen. Der Taucher trägt bis zu einer Tiefe von über 50 m herab und blieb eine volle Stunde unter Wasser. Er wurde dann in der Herforderzeit von 34 Minuten wieder heraufgebracht, ohne dabei die geringste Schädigung zu erleiden.

1. *Sozial. Gtzen* 36 1/2 | 40, — | *Wirts. u. Handelsge.* | 54 B | 386